

rundschreiben  
03/21



medico international

# Krise als Ord- nung

Afghanistan: Zäsur von globaler Dimension /  
Dauernotstand: Sahel, Haiti, Libanon, Lesbos /  
Europa ist tot: Berlin und Kolonialismus-Debatte

**Titelbild:** Es sieht nicht aus, als ob der Staub sich bald legen würde. Foto: Hussain Warraich

**Fotos der Autor:innen:**  
Holger Priedemuth, medico, Privat

## Impressum

**Herausgeber:**  
medico international  
Lindleystr. 15  
D-60314 Frankfurt am Main  
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002  
E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

**Redaktion:** Katja Maurer (verantwortl.),  
Moritz Krawinkel, Ramona Lenz, Christian Sälzer  
**Korrektorat:** Silke Weidner  
**Gestaltung und Satz:** Andrea Schuldt

**Hinweis:** Das medico-rundschreiben ist auf  
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

## AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 03/21

- 4 **Editorial**
- Kabul und die Folgen**
- 6 **Zäsur: Erste Worte**  
Leitartikel: Eine Zwischenbilanz der afghanischen Krise
- 18 **Bitteres Ende**  
20 Jahre medico-Engagement in und zu Afghanistan
- 22 **Glaubwürdigkeit verspielt**  
Auch in Mali steht ein internationaler Einsatz vor dem Ende
- 24 **Letzte Warnung Kabul**  
Afghanistan und Sahelzone – ein Kommentar
- 26 **Projekte Projektionen**  
Sahara, Israel/Palästina, Nicaragua
- Mauerpolitik heute**
- 28 **Moria, ein Jahr nach dem Brand**  
Die Zermürbung der Geflüchteten geht weiter
- 32 **Gute Gründe zu fliehen**  
Fluchtursachenbekämpfung? Bekämpfung von Flucht!
- 35 **Von wegen freiwillig**  
Das Dokumentationsprojekt Rückkehr-Watch
- Im [Dauer-]Krisenmodus**
- 36 **Im Handgemenge**  
Haiti, nach Präsidentenmord und Erdbeben
- 40 **Revolte ohne Revolution**  
Unruhen: Südafrika und das politische Unbewusste
- 44 **In Turbulenzen**  
Psychosoziale Ringvorlesung zu Pandemiefolgen
- 46 **Sturz ins Bodenlose**  
Im Libanon wird der Niedergang immer dramatischer
- 50 **Europa ist tot**  
Berliner Republik und die Kolonialismus-Debatte
- 54 **medico aktiv**  
Fluchtursachen, Utopischer Raum, Impfsoli
- 56 **Bestellen & Verbreiten**
- 58 **Spenden & Stiften**

Statt einer Wende das Ende?  
Das ist der Sieg der Unvernunft

# Liebe Leser und Leserinnen,

die Bilder der jungen Leute, die im November letzten Jahres um den Verbleib des Dannenröder Forsts kämpften, waren sehr eindrücklich: Sie hingen in Bäumen, geschützt von goldgelb glitzernden Wärmedecken, schliefen in Baumhäusern und diskutierten über Zukünftiges im Angesicht der Katastrophe. Mit Schlamm an den Schuhen und in den Gesichtern insistierten sie auf der Vernunft des Sich-Bescheidens. Sie ist das mindeste, was man uns in den privilegierten Zonen abverlangen muss. Kein Meter Beton mehr für ein Lebensmodell der Mobilität, das unhaltbar geworden ist. 30 Jahre vernünftigen Kampfes gegen eine unvernünftige Autobahn gingen trotz allen Einsatzes verloren. Das war symbolisch für eine Politik, die das unhaltbare Bestehende für alternativlos hält und direkt in den Untergang steuert.

Unsere Erfahrungen mit der Impfkampagne gegen Covid sind auch nicht erfreulicher. Unablässig setzt sich medico dafür ein, dass Patentmonopole aufgehoben werden, um Impfstoffe schneller und gerechter verfügbar machen zu können. Doch auch hier versagt die deutsche Politik, vielleicht noch mehr als die anderer Länder in der privilegierten Welt. Keinen Millimeter ist die Bundesregierung von ihrem Nein zu einer wenigstens befristeten Patentfreigabe abgerückt. Die Chance auf die Konstruktion „einer Welt“ wurde von Deutschland vertan. Ebenso wenig wie im Dannenröder Forst gab es eine Bewegung Richtung Vernunft. „Wir machen weiter wie bisher“, hätten die meisten Parteien plakativ sagen sollen. Statt einer Wende das Ende? Das ist der Sieg der Unvernunft.

Das Ende des Afghanistan-Einsatzes, die Weigerung, afghanische Mitarbeiter:innen in großer Zahl mitzunehmen, der Verwaltungsakt der Fluchtabwehr sind eine Form der Empathielosigkeit, die an die „Banalität des Bösen“ erinnert, von der Hannah Arendt einst schrieb. Die Stunde der

Wahrheit schlägt jetzt. Fassungslos stehen wir bei medico vor der Aufgabe, ständig neue Listen schreiben und begründen zu müssen, warum unsere Kolleg:innen und ihre Angehörigen, Menschenrechtsaktivist:innen allesamt, eine Aufnahme in Deutschland brauchen. Seit Wochen kämpfen sie um ihre Existenz, um ihr Überleben. Noch ist es nicht gelungen, sie aus der Gefahrenzone zu holen. Es scheitert an den deutschen Behörden und innenpolitischem Kalkül. Dass wir angesichts dieser Zäsur auch das Bild von uns selbst und unserer politischen Verfasstheit revidieren müssen, ist eine vor uns liegende Aufgabe. „Erste Worte“ sucht Thomas Rudhof-Seibert in seinem langen Nachdenken ab Seite 6 über das Ende des Empires.



Katja Maurer ist  
Chefredakteurin des  
medico-rundschreibens.

Wir haben einen Teil dieses Heftes mit Fotos aus der medico-Arbeit in und zu Afghanistan bebildert. Es sind Bilder von den Anfängen vor 20 Jahren, in denen wir mit Partner:innen vor Ort nach Möglichkeiten gesucht haben, zu einer Geschichte der Emanzipation in der komplexen afghanischen Wirklichkeit beizutragen. Nicht zuletzt die „Untergrunduniversität“, die wir 2017 in Kabul mitorganisierten (und von der es leider nur schlechte Handyfotos gibt), ist lebendige Erinnerung an eine Praxis, die aktueller ist denn je: die Praxis, Inseln der Vernunft zu schaffen. Der Anspruch junger Frauen und Männer, noch unter schwierigsten Bedingungen in philosophische Fragen der Existenz einzutauchen und von den anwesenden Frankfurtern eine Extra-Lesung zu Kritischer Theorie zu verlangen, zeugt davon, dass kritisches Denken nahezu überall und immer möglich und hilfreich ist. Nicht mit einem Bild dargestellt haben wir auch einen Aufruf, den wir gemeinsam mit Micha Brumlik 2001 veröffentlichten, in dem wir ein sofortiges Ende der Bombardierungen in Afghanistan forderten. Der Aufruf forderte damals eine Kultur der Niederlage des Westens statt einer Kultur, die in allen Fällen auf den Beweis der eigenen Stärke setzt. Mit diesen Bombardierungen war klar, wie der Westen „im Namen der Menschenrechte“ glaubt vorgehen zu können: Die eigene Sicherheit hat Vorrang vor dem Schutz des Lebens der Menschen in Afghanistan. Einige Jahre später schrieb Navid Kermani im medico-rundschreiben, dass wir Afghanistan durch den schmalen Schlitz der Panzerfahrzeuge betrachten würden. So ist es gekommen. So ist es gescheitert.

Wenn dieses Heft bei Ihnen ankommt, werden die Bundestagswahlen vollzogen sein. Eine Wende ist nicht zu erwarten. Oder doch? Wie sie aussehen kann und muss, gilt es zu diskutieren. Das erfordert das genaue Durchdenken der hinter uns liegenden Erfahrungen. In diesem Heft muten wir das uns und Ihnen zu.

Herzlichst Ihre

# Zäsur: Erste Worte

A person wearing a full-body white protective suit, including a hood and gloves, is walking away from the camera in a dark, tunnel-like environment. The person is illuminated from behind, creating a bright glow. The background is dark with some faint lights and textures, suggesting an underground or industrial setting.

# Was offen zu halten sein wird. Eine Zwischenbilanz der afghanischen Krise

Von Thomas Rudhof-Seibert

Auch wenn niemand mit dem Zusammenbruch des afghanischen Staates binnen dreier Tage rechnen konnte: Das Versagen der Bundesregierung in der zwingend gebotenen Evakuierung mit dem Tod bedrohter Afghan:innen war schlicht schändlich. Tatsächlich stand seit über einem Jahr fest, dass das Land und seine nahezu 40 Millionen Bewohner:innen an den religiösen Faschismus ausgeliefert werden würden. Nachdem die USA noch unter Trump und dann unter Biden ihren schnellstmöglichen Rückzug angekündigt hatten, war klar, dass sich zeitgleich alle ihre Verbündeten zurückziehen würden und Hunderttausende Afghan:innen ihr Leben durch Flucht würden retten müssen.

Der Westen hat seine Staatsbürger:innen, aber nur wenige Afghan:innen ausgeflogen. Das Versagen der deutschen Operation sticht beschämend hervor.

Deshalb hätten sich die westlichen Truppen und ihre Regierungen auf diesen Moment vorbereiten können und müssen. Es hätte Evakuierungspläne geben müssen, deren Umsetzung zu sichern gewesen wäre. Die ganze Operation hätte zuerst und vor allem mit denen

besprochen werden müssen, die zu evakuieren waren: die immer noch evakuiert werden müssen. Und: Sie hätte nicht als humanitäre, sie hätte als politische Operation angelegt werden müssen. Das hätte man genau so auch den Taliban kommunizieren müssen. Nichts davon ist geschehen, nicht einmal im Ansatz. Stattdessen geriet der Rückzug zur kopflosen Flucht. Stattdessen mussten Zehntausende von Afghan:innen über mehr als zehn Tage hinweg jeden Tag neu versuchen, in den Flughafen zu gelangen, um im glücklichen Fall ausgeflogen zu werden. Die ganze Welt wurde live zur Zeugin dieses Desasters. Ein Desaster, das seine Verdichtung am 26. August erfuhr, dem Tag der von Anfang an erwarteten Anschläge des Islamischen Staats. Über 80 Menschen starben. Sie waren nicht die ersten und sie werden nicht die letzten Toten dieser Wochen gewesen sein.

## Deutsche Prioritäten

Der Westen hat seine eigenen Staatsbürger:innen, aber nur sehr wenige Afghan:innen ausgeflogen. Das Versagen der deutschen Operation sticht beschämend hervor: Unter den 4.921 Personen, die nach Deutschland ausgeflogen wurden, waren nur 248 der jetzt sogenannten Ortskräfte, mit ihren Familienangehörigen knapp über 900 Personen. Da weit über zehntausend Gesuche vorlagen, muss gesagt werden: 900 von weit über 10.000. Weitere sollen folgen, darunter auch afghanische Mitarbei-

ter:innen deutscher NGOs. Die Kanzlerin räumt ein, dass dies „nicht einfach“ sei. Man habe die Situation zuvor „falsch eingeschätzt“. Mittlerweile war zu erfahren, dass eigentlich ein erstes Flugzeug schon im Juni hätte starten sollen, von Mazar-i-Sharif aus, der Stadt mit dem größten Feldlager der Bundeswehr. Verhindert haben das Horst Seehofer und sein Ministerium für Staatssicherheit durch rassistisch motivierte Migrationsabwehr.

Nähme die Bundesrepublik Deutschland ihre Menschenrechtsverpflichtung ernst, wäre das politisch und juristisch aufzuarbeiten. Klage wäre dabei aber nicht nur gegen das Seehofer-Ministerium zu führen. Niemand ist ihm in den Arm gefallen: das Auswärtige Amt nicht, das Bundesministerium der Verteidigung nicht, das Bundeskanzleramt nicht. Warum? In Deutschland ist Wahlkampf. Nicht nur die Koalitionsparteien wollen da vor allem Rücksicht auf ihre deutschen Wähler:innen nehmen, auf die Wähler:innen, von denen zu erwarten ist, dass sie „deutsch“ wählen werden. Das ist die Schande. Die Schande der Regierenden, ihrer Parteien, dieser Wähler:innen.

## Erster Blick zurück

Am ersten Anfang dieser Geschichte standen die Anschläge des 11. September 2001, auf die der Westen mit der „Operation Enduring Freedom“ antwortete: dem ersten Zug des an die Stelle der West-Ost-Konfrontation tretenden „Kriegs gegen den Terror“. Zu militärischen Operationen kam es zeitgleich am Horn von Afrika, auf den Philippinen, in Afrika innerhalb und südlich der Sahara und in Afghanistan. Formeller Grund für den Angriff auf Afghanistan war die Weigerung der seit 1996 herrschenden ersten Taliban-Regierung, gegen das für den Anschlag verantwortliche al-Qaida-Netzwerk vorzugehen. Ursächlich war sicher auch die

kaum zu überbietende symbolische Herausforderung des Westens durch die Sprengung der jahrhundertealten Buddha-Statuen des Bamiyan-Tales ein halbes Jahr zuvor.

Unterstützt von Bombardements der US-Luftwaffe eroberten Einheiten der Mudschaheddin schon einen Monat später Kabul. Im Dezember 2001 erwirkten die USA die UN-Resolution 1386, mit der dann die Schaffung der „International Security Assistance Force“ (ISAF) legitimiert wurde, in deren Rahmen auch die Bundeswehr

Afghanistan leidet nicht nur unter der Gewalt: Afghanistan lebt von der Gewalt.

operierte. 2002 kam es zur Bildung einer Übergangsregierung. 2004 folgten die Wahlen, mit denen Hamid Karzai zum ersten Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistans wurde, auf den zehn Jahre später Ashraf Ghani folgte: Repräsentanten einer der Besatzung eng verbundenen, intern in heftigste Konkurrenzen verwickelten afghanischen Führungsschicht, die in all den Jahren nur und ausschließlich zum eigenen Vorteil arbeitete. Bei seiner Flucht aus Kabul führte Ghani mehrere Luxuskarossen und Bargeld in Millionenhöhe mit sich.

Wenn es den über die Jahre mehrfach verstärkten ISAF-Truppen nicht gelang, die Taliban zu besiegen, lag das auch an der Schamlosigkeit ihrer afghanischen Verbündeten. Wichtiger aber war die Gewalt, die die „Befreier:innen“ über die Afghan:innen brachten. Systematisch erfasst wurden deren Opfer erst ab 2009, die Zahl der zivilen Toten belief sich zuletzt auf über 100.000, viele von ihnen starben unter den jahrelangen Bombardements. Zum Ziel aber führte



dieser Terror nicht: Bewaffnet blieben nicht nur die reorganisierten Taliban, sondern auch die Mudschaheddin-Milizen und die Drogenmafia.

Zugleich gelang es weder den ISAF-Staaten noch dem afghanischen Staat, die katastrophale ökonomische Lage des Landes zu verbessern, die neben der unaufhörlichen Gewalt stärkstes Motiv der seit Jahrzehnten ungebrochenen Migrationsbewegung war. 70 Prozent, nach anderen Schätzungen sogar 90 Prozent der Afghan:innen leben unterhalb der Armutsgrenze, aktuell sind 18 Millionen vom Hunger bedroht. Jede:r Zweite. Rund 2,7 der rund 38 Millionen Afghan:innen leben heute schon im Ausland, weitere 5,2 Millionen verfügen über Migrationserfahrung. Allein 2019 flüchteten über 100.000 Menschen, 2,6 Millionen Menschen irren im Land als Binnenvertriebene umher.

### Ökonomie der Gewalt

Allerdings leidet Afghanistan nicht nur unter der Gewalt: Afghanistan lebt von der Gewalt. Unmittelbar gilt das natürlich für die Angehörigen aller bewaffneten Kräfte und deren Familien, auch für die Taliban. Auch wenn der Kern der Bewegung aus politisch hochmotivierten, existenziell zum Einsatz auf Leben und Tod bereiten Kadern besteht, zählt für einen Großteil der 70.000 Kämpfer:innen zunächst und zuletzt das Einkommen. Nicht anders steht es bei Armee und Polizei, nicht anders bei den Milizionären der Mudschaheddin. Zum Bodensatz der Gewaltökonomie gehört natürlich auch die alle Lebensbereiche durchherrschende Kriminalität, die vom Straßendiebstahl über das Kidnapping bis zur stets von Gewalt grundierten Korruption reicht.

Von der Gewalt leben schließlich auch der Staat selbst und seine Bürokratie, von der Gewalt leben sogar die Afghan:innen, die bei

Nichtregierungsorganisationen arbeiten und ihr Einkommen aus gewaltbedingten Zuflüssen der humanitären Hilfe beziehen, selbst da, wo sie eine gute, eine unverzichtbare Arbeit tun. Auf den Punkt gebracht: Wer in Afghanistan sein Einkommen nicht aus der Ausübung von Gewalt oder aus der Regulierung von Gewaltverhältnissen bezieht, der verfügt über gar kein Einkommen, sondern ist Teil einer Überflussbevölkerung ohne jede Perspektive einer irgend gesicherten Existenz. Das war schon 2001 so, das ist heute noch so und wird auch morgen so sein.

### Zweiter Blick zurück

Der afghanische Konflikt war und ist ein postkolonialer Konflikt, ein Konflikt der Blockkonfrontation und ein Konflikt des globalen Empires. Er beginnt mit der Schaffung der afghanischen Monarchie im 19. Jahrhundert, setzt sich mit dem Übergang erst zu einer bürgerlichen, dann zu einer Volksrepublik fort, er eskaliert mit der Invasion der Sowjetarmee, dann mit der Herrschaft der Mudschaheddin und der Taliban, schließlich mit der Invasion und der zwanzigjährigen Präsenz der ISAF, auf die jetzt das zweite Regime der Taliban folgt. Quer zu den ideologischen Differenzen aber speist sich der Konflikt aus einer Tiefengrammatik ethnisch-religiöser Spaltungen. Diese Grammatik selbst hängt nicht einfach an dem Faktum, dass auf dem heutigen afghanischen Territorium über zehn unterschiedliche ethnische Gruppen leben. Sie resultiert auch nicht aus der Vielfalt von 50 Sprachen und 200 Dialekten. Zur Tiefengrammatik der Gewalt wurde die ethnische, linguistische und religiöse Vielfalt erst mit dem sogenannten Great Game, dem Konkurrenzkampf zwischen Großbritannien und Russland um die Hegemonie über das zerfallende persische Imperium. Beide Kolonialmächte scheiterten, die Brit:innen trotz der drei „anglo-afghanischen





Oben links: Kabul im November 2002.

Unten links: Ende Oktober 2002 nehmen zwei unterhalb des Knies amputierte Männer an einem Fahrradrennen Richtung Dschalalabad teil. Das Rennen war einer der wenigen Anlässe, bei denen körperlich beeinträchtigte Menschen in Afghanistan öffentliche Anerkennung erfuhren.

Oben rechts: In der Nähe von Kabul wird im November 2002 eine Gruppe Nomadenkinder über die Gefahren von Landminen informiert. Nomaden waren besonders häufig von Minen- und Blindgängerexplosionen betroffen, weil sie Viehwirtschaft in unbekanntem Gebieten betrieben, und in vielen Fällen haben neugierige Kinder mit Minen gespielt und sind ihnen so zum Opfer gefallen.

Alle Fotos: One Step beyond / Lukas Einsele, Andreas Zierhut.

Kriege", in deren Verlauf sie – ein Beispiel nur – 1842 das eroberte Kabul ihrer Soldateska zwei Tage zur Plünderung freigaben: der historische Basar wurde anschließend bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Das Scheitern des kolonialen Bemächtigungsversuchs hinterließ in dem erst seit dieser Zeit „Afghanistan“ genannten Land allerdings das Projekt, einen „nationalen“, d.h. ethnisch-religiös majorisierten Staat zu schaffen. Jetzt erst wurden die nie konfliktfreien ethnischen, linguistischen und religiösen Differenzen zum Brandherd der Gewalt. Der Name „Afghanistan“ gibt den entscheidenden Fingerzeig: Gebräuchlich war er zunächst nur zur Bezeichnung von Angehörigen der zahlenmäßig größten ethnischen Gruppe der Paschtun:innen. Zuvor hieß das damals auch sehr viel größere Land jahrhundertlang „Chorasan“ oder „Kabulistan“. Im postkolonialen Staat beanspruchten die Paschtun:innen dann die politische, die militärische und die ökonomische Macht, auch die Definitionsmacht zur Bestimmung dessen, was jetzt zur „afghanischen Nation“ werden sollte: ein Prozess des Unheils, von dem europäisch kolonisierte Länder nach ihrer „nationalen Befreiung“ überall auf der Welt heimgesucht wurden.

Am schlimmsten betraf das Unheil die Gruppe der Hazara. Sie sprechen persisch und gehören religiös der Schia an, während sich die Mehrheit der Bewohner:innen Afghanistans zur Sunna bekennt. Nach allerdings ungenauen Schätzungen hat sich ihre Zahl in den letzten hundert Jahren auf weniger als die Hälfte reduziert. Unter dem ersten Taliban-Regime wurden bis zu 3.000 Hazara gezielt ermordet, oft durch öffentliches Abschlagen des Kopfes. In den letzten fünf Jahren wurden über 1.000 Hazara Opfer von Anschlägen. Es ist also kein Zufall, wenn Hazara das Land, das sie mit ihren Peiniger:innen teilen, nach wie vor Chorasan nennen. Kein Zufall aber auch, dass dieser

Name auch von der afghanischen Sektion des Islamischen Staates benutzt wird: In beiden Fällen ist es ein Bezug auf die vorkoloniale Zeit.

### Ein weitreichendes Zwischenspiel

In den Siebzigerjahren geht der postkoloniale Konflikt in die West-Ost-Blockkonfrontation über. Zum Wendepunkt wird der Putsch in der Familie des letzten afghanischen Schahs, der 1973 zur Gründung der ersten afghanischen Republik führt. 1978 folgte ihm der Putsch einer Gruppe junger Offiziere, die der „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ (DVPA) nahestanden, einer 1965 von 27 Intellektuellen gegründeten marxistisch-leninistischen Organisation. Schon zu dieser Zeit war die DVPA in zwei Flügel gespalten, deren politisch-ideologische Differenzen ethnisch grundiert waren.

In den Verwüstungsregionen des Empire werden Ordnungskräfte weitgehend freie Hand haben, seien es die Taliban, Regime wie das Assads oder Gangs wie in Haiti.

Die neue Regierung radikalisierte die schon von der Monarchie betriebene Modernisierungspolitik und radikalisierte damit auch den vor allem in der armen bäuerlichen Mehrheit virulenten Widerstand. Binnen nur weniger Monate eskalierte der Konflikt zum Bürger:innenkrieg, in den im selben Jahr noch die sowjetische Armee intervenierte. Afghanistan wurde jetzt zu einem Hauptaustragungsort der West-Ost-Konfrontation, die Niederlage der sowjetischen Streitkräfte 1989 zum wesentlichen

Moment der Niederlage des ganzen sowjetisch dominierten Blocks.

Unumgänglich ist die Erinnerung dieses Zwischenspiels, weil sie verständlich macht, warum Gewalt und Elend auch in Afghanistan nicht zur Ausbildung oder gar Durchsetzung einer emanzipatorischen linken Option führten. Mehr noch: Indem dieses Zwischenspiel beispielhaft für die Geschichte der Blockkonfrontation, damit aber auch für die Geschichte überhaupt des „real existierenden Sozialismus“ steht, lässt sie verständlich werden, warum der religiös grundierte Faschismus nicht nur in Afghanistan zum Außen der Weltordnung wurde, die nicht nur aus dem Sieg des kapitalistischen Westens, sondern auch aus der Niederlage und dem ihr vorausgehenden Scheitern dieses Sozialismus hervorging.

### Provinz des Empire

Das Ende der Blockkonfrontation bestimmte auch die auf die Intervention von 2001 folgende Geschichte, die ihrerseits Teil des „Kriegs gegen den Terror“ ist. Mit dem Sieg über den sowjetisch dominierten Block verkündete der Block der westlichen Staaten den Anbruch einer Weltordnung, in der das Menschenrecht, die Demokratie und der Kapitalismus auf immer zueinanderfinden würden: Nicht wenige sprachen damals vom „Ende der Geschichte“. Die Globalisierung des Kapitals, des Parlamentarismus und der NATO sollte dieses Ende sichern. Dabei sollten die Intervention in Afghanistan und die zwei Jahre später folgende Intervention in den Irak den Punkt auf „i“ setzen und dabei auch vollenden, was zuvor mit der Intervention in den jugoslawischen Bürgerkrieg versucht worden war – auch er ein Moment der Passage von Blockkonfrontation zur neuen Weltordnung. Einig waren sich darin nicht nur die an der ISAF-Mission und an der

„Koalition der Willigen“ beteiligten Regierungen, sondern weite Teilen der westlichen und der zumindest formell in den Westen aufgenommenen Gesellschaften. Zustimmung fand der imperiale Konsens auch in einer Linken, die damals zu Recht desorientiert war.

### Krise als Norm und Normalzustand

Ein Jahr vor der Intervention in Afghanistan publizierten Toni Negri und Michael Hardt ihr die linke Debatte der nächsten Jahre bestimmendes Buch „Empire“. Darin stellen sie die neue Weltordnung auch begrifflich in die Geschichte der großen Imperien zurück und finden dazu die auf den ersten Blick ganz schlichte Wendung, nach der „Empire als Untersuchungsfeld in erster Linie durch die simple Tatsache bestimmt (wird), dass es eine Weltordnung gibt.“ Im nächsten Schritt aber gründen sie diese Bestimmung auf einer zweiten, nicht mehr ganz so simplen These. Ihr zufolge sei die Krise im Empire und mit ihr die Krise des Empire selbst keine bloß passagere, so bald als möglich zu behebende Beeinträchtigung oder Störung seines Normalzustandes. Vielmehr sei und bleibe die Krise die logisch und empirisch regulierende „Norm“ der imperialen Souveränität selbst: Sie sei und bleibe ihr Normalzustand.

Was diese beiden Wendungen Hardt/Negris in ihrem Zusammenhang bedeuten, das musste das Empire selbst und das mussten wir alle in den folgenden Jahren erst lernen. Die Flucht der ISAF-Truppen aus Afghanistan und die Rückkehr der Taliban an die Macht besiegeln diese Lehre. Damit soll aber gerade nicht gesagt sein, dass das Empire eine Niederlage erlitten und Afghanistan jetzt nicht mehr Provinz des Empire sei. Vielmehr wird Afghanistan im unmittelbaren Anschluss an die Leidensgeschichte Syriens wohl zum Paradigma für das werden, was in den nächsten Jahren in einer wachsenden An-

zahl solcher Provinzen geschehen wird. Wenn im Empire das Menschenrecht, die Demokratie und der Kapitalismus zueinander finden sollen, wird das nur noch für seinen globalen Norden gelten und nur noch sehr eingeschränkt für seinen globalen Süden.

Werden mit der Eskalation der ökologischen Krise immer mehr und immer größere Gebiete des Planeten zu Regionen der Verwüstung und damit zu Regionen nur noch bedingt regulierter Ökonomien der Gewalt, dann braucht es dazu weder Menschenrechtler:innen noch Demokrat:innen, sondern entschlossene Ordnungskräfte. Zu ihnen werden die Taliban wie das Regime Assads und das Regime Erdogans gehören, zu ihnen werden wohl auch die Gangs gehören, denen das Empire gerade Haiti, aber auch die Elendslager von Geflüchteten über-

2015 darf sich nicht wiederholen? Sich diesem Konsens zu entziehen, kann nur heißen, alles dafür zu tun, dass sich wiederholt, was 2015 nur ein Anfang war.

lässt. Quer durch die zwischen diesen Ordnungskräften spielenden Unterschiede werden sie sich in einem wesentlichen Zug ihrer Politiken gleichen: Sie werden Verwüstungsregionen beherrschen, indem sie mit dem Empire abgestimmte, vom Empire finanzierte Systeme der Ein- und Ausschlüsse ihrer Bewohner:innen wie der Bewohner:innen angrenzender Gebiete durchsetzen und Zugänge zu gegebenenfalls verwertbaren Ressourcen gewähren. Auch wenn ihnen nicht alles erlaubt sein wird, werden sie im Gebrauch der dazu unumgänglichen Ge-

walt freie Hand haben. Der Umgang mit Erdogan zeigt, was da möglich sein wird. Im begrenzten Rahmen dürfen sie sich mal unter den Schutz der einen, mal unter den Schutz der anderen großen Ordnungsmächte stellen, deren Konkurrenz selbst Teil der Dauerkrise des Empire ist, dürfen ein bisschen oder auch stärker pro-russisch und prochinesisch sein, dürfen sogar „islamistisch“ sein: so lange jedenfalls, als sie sich zu guter Letzt auch mit den USA und mit Europa arrangieren.

### Wem gehört die Krise?

Wenn die Krise die Norm und der Normalzustand des Empire ist, heißt das nicht, dass das Empire seine Krise überlebt. Sein Untergang kann überall und jederzeit beginnen. Nach Lage der Dinge könnte der Planet selbst dafür sorgen, der auf die Besiedelung menschlicher Gesellschaften nicht angewiesen ist. Er könnte auch von seinem aktuell maßgeblichen Antagonisten ausgehen, dem religiösen Faschismus. Noch ist dessen Eingemeindung in die Ordnungsmacht nicht ausgemacht. Widerstand aber schlug und schlägt dem Empire von Anfang an auch an all den Orten entgegen, an denen tatsächlich um Demokratie und Menschenrecht gekämpft wird. Die Invasion des Irak wurde zum Anlass einer weltweit kommunizierenden Antikriegsbewegung. Seit 2010 reißt im globalen Süden die Kette großer Demokratieaufstände nicht ab. Die globalen Migrationsbewegungen kann das Empire zwar immer wieder unterbrechen. Dauerhaft aufhalten aber konnte es sie bisher an keiner seiner Grenzen. Sieg oder Niederlage des Empire hängen aber auch an dem Zug der afghanischen Geschichte, mit dem die hier skizzierte Geschichte ihr vorläufiges und deshalb offenes Ende findet. Obwohl es dem Empire in Afghanistan niemals wirklich um das Menschenrecht, die Demokratie und die Gleichheit der Geschlechter ging, haben Zehntausende



„Afghanistan, das ist das Signum eines Weltschicksals im Zeichen fremder Invasoren aller nur erdenklichen Herkunft, betroffen durch abhängige Regimes aller Art.“ Aus dem Text eines medico-Partners von 2002. Der Autor musste anonym bleiben aufgrund der Drohungen gegen ihn und seine Familie.

Foto: Aus dem medico-Archiv. Urheber:in unbekannt



AHRDO brachte in Afghanistan Überlebende zusammen, die sich erinnern und gegenseitig Rechenschaft ablegen. In „Memory-Boxes“ stellen sie Hinterlassenschaften von nahen Verwandten aus, die im Krieg getötet wurden. Ein Friedensprozess von unten, der mit der Machtübernahme der Taliban beendet wurde.

Foto: Holger Priedemuth



Afghan:innen diese Versprechen in ihre eigenen Hände genommen. In tagtäglicher und zugleich jahrelanger Arbeit haben sie sich dabei nicht nur der Gewalt, sondern auch den ethnisch-religiösen Spaltungen entgegengestellt, haben in all dem Unheil Demokratisierungsprozesse in Gang gesetzt, die den Sinn des Menschenrechts praktisch werden ließen: Bedingungen zu schaffen, in denen jeder und jede versuchen kann, das eigene wie das gemeinsame Leben frei zu bestimmen. Sie sind es in erster Linie, die jetzt preisgegeben, deren jahrelange Arbeit, deren ganzes Leben verraten wurde.

Im Augenblick wollen die meisten von ihnen nur raus, und sie haben dazu jedes Recht. Um dies zu verhindern, bekräftigen die Ordnungskräfte des Empire ihren Konsens jetzt überall in der Losung: „2015 darf sich nicht wiederholen!“ Deshalb werden sie schon morgen darüber mit den Taliban verhandeln, so wie sie es mit Assad, mit Erdogan oder mit den haitianischen Gangs tun. Sich diesem Konsens zu ent-

ziehen kann deshalb nur heißen, alles dafür zu tun, dass sich wiederholt, was 2015 nur ein erster Anfang war. Diesen Anfang einer Politik jenseits des Empire und jenseits der ethnischen, rassistischen und patriarchalen Gewalt der Faschismen offen zu halten, heißt allerdings auch, sich der offenen Frage zu stellen, wie diese Gewalt in Afghanistan, aber auch in Syrien oder in Haiti bekämpft werden kann, und wie mit ihr die Gewalt bekämpft werden kann, mit der unsere gesellschaftlichen Verhältnisse aufrechterhalten werden. Sie fragt nach keinem Masterplan, sondern markiert, was nicht vergessen werden darf.



Thomas Rudhof-Seibert ist seit 2011 Afghanistan-Referent bei medico. Er stand die letzten Wochen permanent mit Partner:innen vor Ort in Kontakt, auch um bei der Flucht aus dem Land zu helfen.



## FOLGE NULL: AFGHANISTAN IST ÜBERALL

Das englische Wort Trouble bedeutet Not, Störung, Anstrengung, Sorge, auch Knall. Der neue medico-Podcast heißt „Global Trouble“ und berichtet aus dem weltweiten Handgemenge, mit Stimmen aus dem transnationalen medico-Netzwerk von Karatschi über Lesbos und Kapstadt bis Santiago de Chile. In Zusammenarbeit mit dem Radiojournalisten Steen Thorsson, Host des Podcasts, und dem Produzenten Max Stern ist kurz vor dem 11. September die Folge Null erschienen: Was ist in Afghanistan auf so schreckliche Weise schiefgelaufen, was ist jetzt dringlich und wie kann es weitergehen? Antworten suchen Gespräche mit der Feministin Paniz Musawi über die Sorge, aber auch den Widerstand von Frauen in Afghanistan; mit Thomas Gebauer sowie Thomas Rudhof-Seibert über die Perspektiven von medico, von 2001 bis heute; und mit dem Menschenrechtsaktivisten Abdul Ghafoor über seine Flucht aus Kabul und Kritik an der europäischen Flüchtlingspolitik.

Mehr unter [www.medico.de/podcast](http://www.medico.de/podcast), auf Spotify und anderen Plattformen.

# Bitteres Ende



Den Drohungen und der Gewalt zum Trotz. Viele Frauen beteiligen sich an einer Demonstration in Kabul gegen die Taliban und deren Unterstützung durch Pakistan. Wie lange wird es diese Bilder noch geben?

medico hat in den vergangenen 20 Jahren Partner:innen in Afghanistan unterstützt und immer wieder politisch interveniert. Ein Rückblick mit Thomas Gebauer

**Nachdem die USA in Afghanistan 2001 eine viele Tausend Menschenleben kostende Bombardierung durchgeführt hatten, veröffentlichte medico international gemeinsam mit dem Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik einen Aufruf zum sofortigen Ende des Krieges. Er liest sich heute prophetisch. Trotzdem hat sich medico von Anfang an ambitioniert an dem Prozess beteiligt, der in Afghanistan mit dem Sturz der Taliban eingesetzt hatte. Wie und warum?**

Sich für die Rechte von Menschen zu engagieren und dabei denen, die ihrer Verwirklichung im Wege stehen, entgegenzutreten, gehört zu

Weil gleich zu Beginn die Chance auf Frieden verpasst wurde, konnte in Afghanistan nichts gut werden.

den Grundsätzen von medico. Im Zuge der Kampagne zum Verbot von Landminen waren wir auch mit afghanischen Organisationen in Kontakt gekommen. Viele von ihnen verbanden mit der militärischen Intervention die Hoffnung, in ihrem Drängen auf Frieden und soziale Entwicklung Unterstützung zu finden. Wohl wissend, dass die von der NATO geführte ISAF-Mission andere Ziele verfolgte, sahen wir

uns in der Pflicht, unseren Partner:innen in ihrem Kampf für nachhaltige Veränderung zur Seite zu stehen. Inmitten eines Krieges, den schon bald auch deutsche Politiker:innen nicht mit militärischen Mitteln für lösbar hielten, bemühten wir uns um das, was die Interventionsmächte in all den Jahren so sträflich vernachlässigten: um zivile Konfliktlösung.

**Was waren für dich die entscheidenden Momente, an denen die Idee, dass es neben Intervention und Taliban-Herrschaft ein drittes, demokratisches Moment geben könnte, nicht mehr realistisch erschien?**

Die Fehlentwicklung beginnt schon mit dem Beschluss des Bundestags zur Entsendung der Bundeswehr im Herbst 2001. Von „uneingeschränkter Solidarität“ mit den USA war damals die Rede, nicht aber von Solidarität mit der afghanischen Bevölkerung. Die kam erst ins Spiel, als der Militäreinsatz öffentlich gerechtfertigt werden musste. Als auf dem Petersberg bei Bonn Ende November 2001 über die Zukunft Afghanistans verhandelt wurde, saßen nicht die Vertreter:innen der afghanischen Zivilgesellschaft am Tisch, sondern viele der Kriegsfürsten, denen die Interventionsmächte große Teile des gesellschaftlichen Aufbaus überließen. Um rasch für Stabilität zu sorgen, wurde die Macht der Warlords nicht gebrochen, sondern noch vergrößert. Die Vorstellung aber, mit notorischen Menschenrechtsverbrechern und korrupten Politikern ein funk-

tionierendes Staatswesen aufbauen zu können, ist absurd. Weil gleich zu Beginn die Chance auf Frieden verpasst wurde, konnte in Afghanistan nichts gut werden.

**Was waren die größten Fehler und worin bestand der Selbstbetrug des deutschen Einsatzes, der sich ja immer als entwicklungs-politischer Militäreinsatz verstand?**

Der Fehler war letztlich, dass es keine Strategie für eine zivile Konfliktlösung gab. Auch das deutsche Engagement wurde von militärischer Logik dominiert. Ja, es gab das ernsthafte Bemühen einiger Soldat:innen, der afghanischen Bevölkerung etwa bei Verbesserung der Wasserversorgung zur Seite zu stehen. In den Field Manuals der Militärführungen aber werden solche Aktivitäten als Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der entsandten Truppen beschrieben, als Force Protection. Unverblümt beschreibt der „Commanders' Guide to Money as a Weapons System“ der US-Armee Hilfe als eine „nichttödliche Waffe“, die gezielt einzusetzen sei, um den Kampf gegen Aufständische zu effektivieren. Eine paradoxe Umkehrung dessen, was vermutlich viele Soldat:innen und auch große Teile der deutschen Öffentlichkeit glaubten, wird hier deutlich: Der Militäreinsatz diente nicht dazu, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, vielmehr waren es die zivilen Maßnahmen, die zur Absicherung der entsandten Militärs beitrugen.

**Wie hätte eine angemessene Strategie aussehen müssen?**

Man hätte überlegen müssen, wie die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans in Gang gesetzt werden könnte. Das Gegenteil war der Fall. Mit neoliberaler Gründlichkeit wurden noch die letzten Reste einer eigenständigen Ökonomie, die kleinen Handwerksbetriebe, die Nahrungsmittelproduktion etc. zerstört – mit dem traurigen Ergebnis, dass neben einer vorübergehenden Immobilienspekulation allein die

Drogenwirtschaft reüssierte. Sie wurde zu einem das gesamte öffentliche Leben bestimmenden Faktor. Unter Aufsicht der NATO entstand eine Schattenwirtschaft, aus der heraus der Krieg immer wieder angefeuert wurde. Vorrang für zivil hätte bedeutet, diese Schattenwirtschaft z.B. durch die Subventionierung des Weizenanbaus zu durchbrechen. Aber schon die Einrichtung einer Handelskammer, wie sie die deutsche Entwicklungshilfe betrieben hat, galt den USA als Ausweis sozialistischer Umtriebe.

**In Afghanistan waren viele deutsche Hilfsorganisationen tätig. Sie haben viele staatliche Mittel bekommen, so auch medico. Waren diese Arbeiten letztlich nichts weiter als eine in den Krieg gegen den Terror eingebettete Hilfe?**

Es gab das Bemühen der Militärs, die Arbeit der Hilfsorganisationen zu instrumentalisieren. Und manche waren regelrecht stolz, mit der Bundeswehr kooperieren zu können. Die meisten aber pochten auf Unabhängigkeit und darauf, nicht den sicherheitspolitischen Interessen der Interventionsmächte zu dienen,

Es braucht keine weiteren Weltordnungskriege, sondern die Schaffung von globalen Institutionen, die über die Grenzen hinweg für Ausgleich sorgen.

sondern Afghan:innen in ihrem Drängen auf Demokratisierung und soziale Entwicklung beizustehen. Dank der Minenräumprogramme, die medico förderte, konnte die Zahl ziviler Minenopfer drastisch reduziert werden. Auch die psychotherapeutische Betreuung von Kriegsopfern und ihren Angehörigen war dringend

geboten. Wir halfen beim Aufbau eines Archivs, in dem Kriegsverbrechen dokumentiert wurden und zugleich Ideen für ein freies Afghanistan entfaltet werden konnten. Und in all den Jahren ließen wir auch in Deutschland nicht locker, stritten mit den Beamt:innen des Auswärtigen Amtes, verlangten einen Strategiewechsel zu wirtschaftlichen und sozialen Hilfen und drangen auf ein realistisches Bild in den Medien, von denen nicht wenige ihrerseits Opfer des Selbstbetrugs geworden waren. Nicht unsere Kritik war falsch; falsch war, dass sie nicht gehört wurde.

**Der Afghanistan-Krieg markierte den Beginn des „Kriegs gegen den Terror“. Was sind aus afghanischer und globaler Sicht die Folgen dieser militarisierten Politik, die in der Praxis zu Ende sein mag, sich aber vielleicht im Denken des Westens fortsetzt?**

Noch ist es zu früh, um abschließend sagen zu können, ob aus dem Scheitern in Afghanistan angemessene Lehren gezogen werden. Seit vielen Jahren fordern wir eine unabhängige Evaluierung des Afghanistan-Einsatzes. Und die müsste sich auch mit der Frage nach den Ursachen des Terrors beschäftigen. Der Terror, gegen den Krieg geführt wurde, ist ja nicht einfach vom Himmel gefallen. Gewaltforscher:innen haben längst schlüssig dargelegt, dass es der Mangel ist, der Menschen dafür anfällig macht, sich gewalttätigen Gruppen anzuschließen, der Mangel an materiellen Ressourcen, aber auch an Anerkennung, an tragfähigen Perspektiven für das eigene Leben. Mit der neoliberalen Umgestaltung der Welt hat sich die soziale Verunsicherung von Menschen noch einmal dramatisch verschärft. Opfer seien unvermeidbar, hieß es zu Beginn der 1990er-Jahre, und damit auch die Zunahme bürgerkriegsähnlicher Konflikte. In der Entwicklungszusammenarbeit spiegelte sich der neoliberale Turn in einem bemerkenswerten Strategiewechsel. Fortan war nicht mehr die

Schaffung sozialer Gerechtigkeit vorrangiges Ziel, sondern Sicherheit. Die Vorstellung aber, dass Entwicklung nur dort gelingen kann, wo zunächst mit militärisch-polizeilichen Mitteln für Sicherheit gesorgt wurde, ist kompletter Unsinn. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn es mit dem friedlichen Zusammenleben der Menschen noch etwas werden soll, bedarf es nicht weiterer Weltordnungskriege, sondern die Schaffung von globalen Institutionen, die über die Grenzen hinweg für Ausgleich sorgen. Würde diese Lehre aus dem Scheitern in Afghanistan gezogen, könnte auch die Einsicht wachsen, wie fatal es ist, Menschen im Süden den Zugang zu Impfstoffen zu verweigern.



Thomas Gebauer war viele Jahre Geschäftsführer von medico international und hat sich in unzähligen Artikeln und vielen Debatten mit Politiker:innen und Bundeswehrangehörigen kritisch mit dem Militäreinsatz in Afghanistan auseinandergesetzt.

**Wie die künftige Arbeit in oder zu Afghanistan aussehen wird, können wir an dieser Stelle nicht sagen. Unsere bisherigen Partner:innen vor Ort, darunter die Kolleg:innen von AHRDO, die mit ihren Arbeiten eine Erinnerungskultur gründeten, die eine demokratische und friedvolle Perspektive erst möglich macht, werden wir weiter unterstützen, jetzt auf der Suche nach Sicherheit, und in Zukunft – egal wo.**

**Spendenstichwort: Afghanistan**

# Glaubwürdigkeit verspielt

Auch in Mali stehen internationale Truppen vor dem Abzug. Fragen an Ousmane Diarra



Ousmane Diarra von der Abgeschobenen-Selbstorganisation Association Malienne des Expulsés (AME) in Mali ist langjähriger medico-Partner.

Die internationalen Truppen haben nach ihrem Abzug aus Afghanistan ein Desaster hinterlassen. Nun werden bei westlichen Regierungen auch Zweifel am Mali-Einsatz laut. Frankreichs Präsident Macron hat bereits nach dem zweiten Putsch Ende Mai angekündigt, seine Truppen aus Mali zurückziehen zu wollen. **Wie bewertest du das?**

Ein sehr großer Teil der Bevölkerung wünscht sich genau das: einen vollständigen Abzug Frankreichs. Mit einem bloßen Teilabzug würde Frankreich seine eigentlichen Interessen – die

Ausbeutung der Ressourcen Malis wie Gas, Uran, Gold – weiterhin verfolgen. Ich selbst bin unsicher, welche Konsequenzen ein Abzug hätte. Es ist auch schwer einzuschätzen, inwiefern die Situation hier mit der in Afghanistan vergleichbar ist. Klar ist aber: Die Präsenz Frankreichs hat keinen Vorteil für die Menschen in Mali. Strategisch und politisch wäre es wichtig, andere Partner zu haben. Viele möchten, dass Russland diese Rolle einnimmt. Das hat historische Gründe. Denn nach der Unabhängigkeit 1960 war Russland neben einigen anderen Ländern ein wichtiger internationaler Partner von Mali. Erst später hat die ehemalige Kolonialmacht Frankreich wieder das Ruder übernommen.

**Was erwartet sich die Bevölkerung denn von einer neuen Partnerschaft mit Russland?**

Als Mali mit der damaligen UdSSR kooperierte, war die malische Armee stark. Führungskräfte wurden in Moskau ausgebildet, von dort kamen Waffen und Ausrüstung. Heute hingegen ist die malische Armee sehr schwach. Die Leute glauben, dass sich dies mit Unterstützung Russlands wieder ändern würde. Und mit einer starken eigenen Armee wäre Mali nicht mehr von internationalen Schutzmächten und neokolonialen Partnerschaften abhängig.

**Starke und gut ausgerüstete nationale Armeen**



Etwas Ablenkung beim Fußball. In einem Flüchtlingslager in Burkina Faso suchen Menschen Schutz vor den anhaltenden Konflikten in der Sahelregion.

**in der Region, die auch die Dschihadisten in die Schranken weisen können – genau das war das selbsterklärte Ziel der Interventionen von UN und EU-Ländern.**

Es gibt nach wie vor eine starke internationale militärische Präsenz. Diese hat aber keinerlei positive Wirkung. Die Mission MINUSMA hat in der Bevölkerung ein sehr schlechtes Ansehen, die Leute wollen einfach nichts mehr davon hören. Tatsache ist: Trotz der Präsenz internationaler Kräfte und trotz Ausbildungshilfe hat sich in Mali nichts zum Positiven verändert. Im Gegenteil, die Dschihadisten sind überall. Es gibt Entführungen, allgemein hat sich die Sicherheitssituation verschlechtert und die Erwartungen der Bevölkerung werden nicht er-

füllt. Damit haben die Einsätze ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

**Ende Mai hat das malische Militär zum zweiten Mal innerhalb von neun Monaten die Regierung abgesetzt. Eine von den Generälen tolerierte Übergangsregierung soll den Weg zurück zur Rechtsstaatlichkeit organisieren. Wie würdest du aktuell die Situation im Land beschreiben?**

Nach den zwei Staatsstreichen haben die nationalen Behörden im Prinzip keine Kontrolle mehr. Das verschärft die Sicherheitslage, die im Norden wie im Süden unverändert prekär ist. Immer häufiger kommt es zu Entführungen. Im Zentrum, also in und um Bamako, gibt

es Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien. Die Bewegung M5-RFP, die 2020 mit ihren monatelangen Protesten zum Sturz von Präsident Ibrahim Boubacar Keïta beigetragen hat, spielt immer noch eine große Rolle, ebenso die religiösen Akteure.

**Hofft die malische Bevölkerung auf die Militärs, weil es den zivilen Regierungen nicht gelungen ist, die Lage der Menschen zu verbessern?**

In der Bewertung der Staatsstrieche ist die Bevölkerung gespalten, ein Teil unterstützt sie, ein anderer glaubt nicht, dass ein Staatsstreich im Interesse der Menschen sein kann. Diese Haltung hat sich nun auch bestätigt. Die Bewegung M5, eine Mischung von Kräften aus Politik, Zivilgesellschaft und Religion sowie Ju-

Die Präsenz internationaler Kräfte hat nichts zum Positiven verändert. Im Gegenteil, die Dschihadisten sind überall.

gendbewegung, war zunächst eine Art Hoffnungsträgerin. Sie trat für ein reguläres Ende der Regierungszeit ein und wollte keinen Staatsstreich. Nachdem der Präsident dann aber doch zum Rücktritt gezwungen worden war, wollte auch M5 an der Macht teilhaben. Die Bewegung hat sich in die Militärregierung einbinden lassen. Das ist ein neuerlicher Beleg dafür, dass alle nur ihre persönlichen Interessen und nicht die der Bevölkerung verfolgen. Ein Zusammenschluss von verschiedenen politischen Akteur:innen, darunter die linke Partei SADI, hat kürzlich diesen Punkt gemacht: In Mali gibt es eine schweigende Mehrheit, deren Position weder von den herrschenden Fraktionen noch in den Protesten abgebildet wird.

Diese Mehrheit will, dass die Übergangsregierung einen Prozess gestaltet, an dessen Ende transparente Wahlen stehen.

**Nach dem ersten Putsch wurde vereinbart, dass im Februar 2022 Wahlen stattfinden, damit eine neue legitime Regierung gebildet werden kann. Inzwischen wurde die erste Übergangsregierung abgesetzt. Offiziell gilt der Termin aber weiterhin, zumal aus dem Ausland – nicht zuletzt Europa – auf Wahlen gedrängt wird. Wie siehst du das: Sind baldige Wahlen wünschenswert?**

Ob im Februar 2022 Wahlen stattfinden werden, ist ungewiss. Ich würde sagen: So schnell kann es nicht gehen, zumindest dann nicht, wenn die Wahlen fair, transparent und korrekt sein sollen. Die Parteien haben noch keine konkreten Programme vorgelegt. Vor allem aber ist die Übergangsregierung nicht ausgestattet, um die notwendigen Prozesse in die Wege zu leiten. Die internationalen Mächte beharren auf dem Termin im Februar 2022, weil damals vereinbart wurde, dass die Militärs spätestens nach 18 Monaten die Macht wieder abgeben müssen. Der Druck, die Wahlen um jeden Preis dann abzuhalten, erhöht allerdings nur die Gefahr eines weiteren Putsches und lindert die Schmerzen der Verhältnisse nicht.

*Interview: Sabine Eckart und Ramona Lenz*

**Auch die Bundeswehr ist in Mali im Einsatz, im Kontext sogenannter Terrorbekämpfung, Stabilisierung und dem Bemühen der EU, Migration in und aus Mali und gesamt Westafrika zu erschweren. Gleichzeitig bleibt die Lage extrem prekär. medico fördert in dieser Situation migrantische Selbstorganisationen, die abgewiesene Migrant:innen mit einem Dach über dem Kopf und der gemeinsamen Entwicklung von Perspektiven unterstützen.**

**Spendenstichwort: Mali**





Moussa Tchangari ist Generalsekretär der Journalist:innenvereinigung Alternative Espaces Citoyens in Niger, mit der medico seit vielen Jahren zusammenarbeitet.

## LETZTE WARNUNG KABUL

Wie auch die internationalen Einsätze in der Sahelzone enden könnten. Von Moussa Tchangari

In den Hauptstädten der Großmächte, die 20 Jahre lang Krieg in Afghanistan geführt haben, herrscht Ratlosigkeit. „Kabul ist nicht Saigon“, sagt ein hochrangiger US-Beamter. Aber es ist ein Debakel, in mancherlei Hinsicht ein weit größeres als 1975 in Vietnam. Trotz ihrer überlegenen Ausrüstung sind die westlichen Armeen an der Entschlossenheit der Taliban gescheitert. Die Niederlage zu verantworten hat aber die politische Führung des Westens. Die Regierungen mögen all ihre Kräfte in diesen Krieg gesteckt haben. Stets haben sie sich dabei auf eine zutiefst korrupte Elite gestützt, die der Demokratie nicht weniger ablehnend gegenübersteht als die Taliban. Von ausländischen Armeen an die Macht gebracht und dort gehalten, konnte diese sich 20 Jahre lang hemmungslos bereichern – ebenso wie der militärisch-industrielle Komplex des Westens. Die „Kosten“, die Menschenleben und die Unsummen an Geld, die dieser Krieg verschlungen hat, haben allein die „kleinen Leute“ in Afghanistan und die kleinen Steuerzahler im Westen getragen.

Eben weil solch ein Krieg keineswegs für alle ein Unglück ist, wird er in der Sahelzone weitergeführt. Auch hier kämpfen westliche Mächte seit Jahren einen Krieg gegen bewaffnete Gruppen; Gruppen, die den afghanischen Taliban ideologisch nahestehen. Auch hier gibt es die Korruption der Eliten, die keinerlei Verantwortungsgefühl für ihr Land kennen. Auch hier werden Dialog, Reformen und Rechte verweigert – mit der Gefahr, dass auch hier eines Tages „Talibis auf Motorrädern“ in die Hauptstädte einfahren werden. Die Ereignisse in Kabul sind eine Warnung. Sie zeigen, was geschehen kann, wenn die regierenden Eliten im Sahel und ihre westlichen Unterstützer:innen die Forderungen nach mutigen Reformen weiterhin ignorieren. Denn nur über einen mutigen politischen Prozess kann man die stärkste politische und militärische Kraft für sich gewinnen – die sogenannten einfachen Leute, die Bevölkerung.

Männer und Frauen guten Willens müssen aufstehen und verkünden, dass der gegenwärtige Krieg nicht mit eben den ausländischen Armeen gewonnen werden kann, die ihn in Afghanistan nicht gewonnen haben. Wenn dieser Krieg gewonnen werden kann, dann nur durch den Willen vieler und durch mutige Initiativen, die auf einen neuen politischen und sozialen Vertrag abzielen; ein Vertrag, der dem Volk die Souveränität zurückgibt und Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben für die Millionen von Menschen schafft, denen dies derzeit verwehrt ist.

# Projekte Projektionen

## In Not im Nirgendwo

Das Alarm Phone Sahara rettet Migrant:innen in der Wüste

Die Fluchtrouten durch die Sahara werden immer tödlicher. Die Aktivist:innen vom Alarm Phone Sahara dokumentieren Menschenrechtsverletzungen und organisieren mit medico-Unterstützung Hilfe für Menschen, die bei der Durchquerung der Wüste in Not geraten. Ende Juli fand eine Patrouillenfahrt des APS-Teams in Bilma in der Wüstenregion Agadez statt. Dabei konnten die Aktivist:innen 35 Migrant:innen retten, die in der Wüste eine Panne hatten und von denen zwei dringend medizinische Hilfe benötigten. Manchmal kommt jedoch jede Hilfe zu spät: Auf der Fahrt entdeckte das Team auch die Leiche eines Nigerianers, den sie dank seines Mobiltelefons identifizieren konnten. Sie verständigten die Familie des Mannes in Nigeria und ließen dem Toten eine den Umständen entsprechende würdige Bestattung zukommen.

Foto: Alarm Phone



Gerettet: Mitarbeiter des Alarm Phone Sahara verteilen Wasser an eine Gruppe von Menschen, die sie in der Wüste finden und retten konnten.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

## Die ganze Geschichte Israel/Palästina: Archivpolitik und Gegenöffentlichkeit

Die Geschichtsschreibung eines Landes ist nirgendwo eindeutig und meist strittig. In Israel wird um den „wahren Verlauf“ besonders heftig gestritten. So will das hegemoniale Narrativ von einer Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und von Landraub nichts wissen. Dieser Mythos wird heute auch dadurch abzusichern versucht, dass ihm zuwiderlaufende Belege verbannt werden. So durchforstet seit einigen Jahren eine Abteilung des Verteidigungsministeriums Archivbestände nach entsprechenden Dokumenten. Ohne rechtliche Grundlage wurde angeordnet, fragliche Unterlagen der Öffentlichkeit nicht mehr zur Verfügung zu stellen, sogar Materialien, die jahrelang zugänglich waren und in Publikationen zitiert worden sind, sind betroffen. Die Logik bringt der ehemalige Direktor der Behörde, Yehiel Horev, so auf den Punkt: „Selbst wenn jemand schreibt ‚Das Pferd ist schwarz‘, kann er nicht beweisen, dass es tatsächlich schwarz ist, wenn es nicht aus dem Stall kommt.“ Gegen diese geschichtspolitische Manipulation arbeitet das jetzt von medico geförderte Team des Akevot Institute for Israeli-Palestinian Conflict Research. „Archive“, so der Grundsatz, „können eine einzigartige Rolle spielen, einen faktenbasierten Diskurs zu fördern und die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger:innen zu unterstützen.“ Deshalb streitet Akevot für Zugänge, forscht selbst, wertet Dokumente aus und macht sie zugänglich, etwa in einem eigenen Podcast ([www.akevot.org.il](http://www.akevot.org.il)) – für eine tatsachenbasierte Geschichtsschreibung.

Spendenstichwort: Israel/Palästina



Mónica Baltodano, Julio López Campos und Mónica López Baltodano haben in einer öffentlichen Erklärung begründet, warum sie Nicaragua verlassen.

## Richtung Diktatur

Nicaragua: Das Ortega-Regime setzt Schlag um Schlag

Im Juli hat das Regime dafür gesorgt, dass 24 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen ihren rechtlichen Status verlieren, Teile ihres Eigentums wurden beschlagnahmt. Von der jüngsten Verbotschwelle sind auch mehrere für die Belange der Bevölkerung engagierte Gesundheitsorganisationen betroffen. In die Schusslinie des Regimes geraten ist zum Beispiel die Initiative Acción Médica Cristiana, mit der medico nach den Hurrikans Ida und Iota im vergangenen Jahr Nothilfe an der Karibikküste geleistet hatte. Bereits Ende 2018 wurde die Partnerorganisation Popol Na verboten, die bäuerliche Gemeinden im Süden des Landes im Kampf gegen das Megaprojekt eines interozeanischen Kanals unterstützte. Nach Jahren der Schikanen und Verfolgungen haben die Direktorin der Umweltorganisation Mónica López Baltodano und ihre Eltern, die Ex-Guerillera Mónica Baltodano und Julio López Campos, jetzt das Land in Richtung Costa Rica verlassen. Wenige Monate vor den geplanten Wahlen bewegt sich Nicaragua konsequent in Richtung Diktatur.

Spendenstichwort: Nicaragua

# Mauerpolit heute

An aerial photograph showing the extensive destruction of the Moria refugee camp on Lesbos. The image captures a vast area of rubble and debris, with the skeletal remains of buildings and structures. In the center, there are two large, circular concrete structures, possibly remnants of a water treatment facility or storage tanks. The surrounding area is a mix of grey concrete, brown earth, and scattered trash, including blue plastic bags. A paved road runs through the site, and a few small figures of people can be seen in the distance, highlighting the scale of the devastation.

Foto: REUTERS/Akis Konstantinidis

Nichts blieb übrig, als die Flammen das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos zerstörten.

An aerial photograph showing a vast area of destruction. The ground is covered in rubble, including twisted metal, broken wood, and scattered debris. The skeletal remains of buildings are visible, with their walls and roofs missing, leaving only a grid of concrete or brick structures. The overall scene is one of desolation and the aftermath of a catastrophic event.

# ik

Weltweit werden Zonen unbewohnbar. Wo Gewalt, Umweltzerstörung und Armut jegliche Hoffnung vernichtet, wird Gehen zur einzigen Option auf Zukunft. Zumal: Die Versprechen aus den privilegierten Territorien auf Entwicklung verfangen nicht mehr, weder hier noch dort. Fluchtursachenbekämpfung? Als Begriff missbraucht und als Mythos entlarvt. Europa entzieht sich und setzt auf Abschottung entlang gestaffelter Grenzsysteme. Und wer zu nahe kommt – wie die Geflüchteten auf Lesbos –, wird in Lager gezwungen.

## Vor einem Jahr ist das Lager Moria auf Lesbos abgebrannt. Die Zermürbung der Geflüchteten geht weiter

Von Shirin Tinnesand

Ich war in jener Nacht dort, als „Europas größtes Flüchtlingslager“ niederbrannte. Ich war Zeugin der hohen Flammen und des dunklen Rauchs, der die Geflüchteten ein weiteres Mal vertrieb. Sie kamen aus dem Qualm heraus, mit Kindern auf dem Arm und dem, was sie tragen konnten, ein Rucksack, eine kleine Plastiktüte mit Habseligkeiten. Alles andere war verloren. Der Brand von Moria war eine Tragödie. Aber er war auch Quelle der Hoffnung, dass nun etwas Besseres kommen würde.

Um das zu verstehen, muss man auf die Ereignisse Anfang 2020 zurückblicken, als es auf Lesbos zu mehreren gewalttätigen Vorfällen kam. Diese Gewalt betraf auch die Presse und Mitarbeiter:innen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), welche die Insel daraufhin massenhaft verließen. Als Anfang März 2020 die Pandemie ausbrach, war die Zahl der Hilfsorganisationen im Lager Moria von über 100 auf etwa 15 gesunken. 20.000 Geflüchteten mussten sich Covid-19 völlig unvorbereitet und ohne Hilfe stellen.

In diesem Vakuum organisierten sich die Geflüchteten, um ihre Probleme gemeinsam anzugehen. So entstanden die Selbstorganisationen „Moria Corona Awareness Team“ (MCAT), „Moria White Helmets“ (MWH) und „Moria Academia“. Sie haben viele der Tätigkeiten übernommen, für die zuvor NGOs zuständig waren, etwa die Verteilung von Nahrungsmitteln, Bildungsangebote und Abfallentsorgung. Außerdem ist es ihnen gelungen, über soziale Medien und in direktem Kon-

takt mit der internationalen Presse ihre Stimmen und Positionen hörbar zu machen.

Bis zum Brand glich das Flüchtlingslager bei Moria einem staatlich verwalteten Slum: Es fehlte an Infrastruktur, sauberem Wasser und Gesundheitsversorgung, außerdem war die Gewalt allgegenwärtig. Gewalt, die zumeist von kleinen Gruppen mit Namen wie „Ali Baba“ oder „Mafia“ ausgeübt wurde. Sie rekrutierten junge unbegleitete Minderjährige, zwangen sie mitzumachen. Messerstechereien waren an der Tagesordnung, ebenso Vergewaltigungen, sodass Bewohnerinnen nachts in Windeln schliefen, um ihre Zelte nicht verlassen zu müssen. Die US-Botschaft und das US-Konsulat in Griechenland haben einen Bericht veröffentlicht, der allein in der ersten Hälfte des Jahres 2020 achtzehn Messerangriffe im Lager Moria dokumentiert, sechs mit Todesfolge.

Obwohl diese Zustände europaweit bekannt waren, änderte sich nichts. Im Sommer 2020 öffnete Griechenland seine Grenzen wieder für den Tourismus, auch die NGOs kehrten zurück. Das Lager jedoch blieb unter dem Vorwand der Covid-19-Prävention im Lockdown, obwohl es bis dahin keinen dokumentierten Covid-19-Fall gab. Die Stimmung im Camp war entsprechend aufgeheizt. Schließlich geschah, was einige vorhergesehen hatten: In der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 stand das Lager Moria in Flammen. Obwohl es Tausende in die vorübergehende Obdachlosigkeit entlang der Straßen

von Mytilene zwang, ließ das Feuer auch auf et- was besser sein würde – zumal die Politik diese Hoffnung nährte. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson verkündete „No More Morias“ und versprach an der Seite des griechischen Premierministers Mitsotakis einen „humaneren Ansatz“.

### Wo ist das Geld geblieben?

In dem provisorischen Lager bei Kara Tepe, das infolge des Brandes errichtet wurde, ist davon nichts zu spüren. So dauerte es mehr als acht Wochen, bis eine Duschmöglichkeit geschaffen war – kaltes Wasser aus einem Eimer in einem offenen Bereich mit wenig Privatsphäre. Im Winter waren die Flüchtlinge mit Winterstürmen und Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt konfrontiert. Entgegen anderslautender Behauptungen der griechischen Regierung hatten nur wenige eine Heizmöglichkeit. Die Plastikzelte boten so gut wie keinen Schutz vor der Witterung und wurden immer wieder überflutet. Nach dem Brand flossen große Summen an Hilfsgeldern an die griechische Regierung und einige NGOs vor Ort, um damit die Situation der Geflüchteten zu verbessern. Das ist nicht gelungen. Vielmehr haben sie das Wohlergehen und die Gesundheit der Flüchtlinge gefährdet.

Um Weihnachten 2020 sowie Anfang 2021 veröffentlichte medico zwei offene Briefe von Geflüchteten aus Moria, in denen diese nach dem Verbleib der Spendengelder fragen und professionelle und menschenwürdige Hilfe einfordern. In der Presseerklärung von medico international heißt es dazu: „Es ist an der Zeit, nicht nur über die Missstände in den griechischen Hotspots zu klagen, sondern den Fragen der Flüchtlinge nachzugehen. Alle, die für das Elend in Moria und im Nachfolgelager verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Es muss endlich Schluss damit

sein, dass Europa und die verantwortlichen Organisationen vor den Augen der Weltöffentlichkeit mit der Gesundheit und dem Leben der Flüchtlinge spielen, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen hat.“

Am 24. März 2021 schließlich drückte EU-Kommissarin Ylva Johansson Bedauern für den harten Winter 2020/21 aus und betonte, ein solcher Notstand müsse im kommenden Winter vermieden werden. Längst sollte es auf Lesbos ein neues – laut Johansson offenes und humanes – Lager geben. Der Bau hat jedoch noch nicht einmal angefangen. Das Grundstück liegt weit entfernt im „Niemandland“ hinter einer Müllkippe. Unabhängig von dem, was das neue Camp bringt, müssen die Probleme des derzeitigen und des früheren Lagers aufgearbeitet werden, in dem die Rechte der Bewohner:innen verletzt wurden und werden. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

*Übersetzung: Nele Eisbrenner*



Shirin Tinnasand macht seit Anfang 2020 die Öffentlichkeitsarbeit bei der griechischen Organisation Stand By Me Lesbos und unterstützt verschiedene Gruppen von selbstorganisierten Flüchtlingen bei der Medienarbeit.

**medico arbeitet eng mit der griechischen Organisation Stand by me Lesbos zusammen und unterstützt die Moria Academia, die in ausran- gierten Bussen Bildungsangebote für Geflüchtete in Moria 2 bereithält. Geflüchtete unterrichten andere Geflüchtete, zuletzt vor allem auch Frauen und Mädchen aus Afghanistan.**

**Spendenstichwort: Flucht & Migration**

# Gute Gründe zu fliehen

Die Politik spricht von Bekämpfung der Fluchtursachen und bekämpft doch nur die Flucht. Über den Bericht der „Fachkommission Fluchtursachen“

Von Katherine Braun und Ramona Lenz

In ihren aktuellen Wahlprogrammen äußern sich fast alle größeren Parteien Deutschlands zum Thema Fluchtursachenminderung. Dass dieses Schlagwort in aller Munde ist, ist kein Zufall. Spätestens seit 2015 steht die Bekämpfung von Fluchtursachen im Fokus der Politik in Europa. In einem ressortübergreifenden Ansatz sagen EU und europäische Regierungen wie auch die Bundesregierung dabei vor allem der sogenannten irregulären Migration den Kampf an, ohne jedoch zugleich ernsthaft legale Migrationswege zu schaffen und Fluchtwege offen zu halten. Dabei wird Entwicklungszusammenarbeit zunehmend in den Dienst dieses innenpolitischen Interesses gestellt, Programme werden an die Bedingung geknüpft, Migration zu verhindern und Rückübernahmen zuzustimmen. Entwicklungshilfegelder kommen bevorzugt Ländern entlang der Haupttrouten nach Europa zugute bzw. werden zugunsten der Migrationsabwehr umgewidmet.

Bereits 2017 forderten 150 Träger:innen des Bundesverdienstkreuzes den Bundestag auf, eine Enquete-Kommission einzusetzen, um zu untersuchen, wie Deutschland weltweit zu Fluchtursachen beiträgt. Im Koalitionsvertrag von 2018 wurde die Einsetzung einer solchen unabhängigen Kommission daraufhin vereinbart. Im Frühjahr 2019 nahm die Kommission bestehend aus 24 Mitgliedern aus Nichtregierungsorganisatio-

nen, Wissenschaft, Wirtschaft und internationalen Organisationen ihre Arbeit auf. Den Vorsitz hatten Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, und Bärbel Dieckmann, ehemalige Präsidentin der Welthungerhilfe. Unter dem Titel „Krisen vorbeugen, Perspektiven schaffen, Menschen schützen“ legte die Kommission im Frühjahr 2021 schließlich ihren Bericht vor. Was ist davon zu halten?

Paradigmenwechsel statt  
„Weiter so?“

Die Bundesregierung sieht in dem Bericht der Fachkommission eine Bestätigung ihrer bisherigen Politik. Auf der Homepage des BMZ heißt es: „Die Kommission bestätigt mit ihrem Bericht den Ansatz der Bundesregierung, dass ein entschiedenes Handeln angesichts der seit Jahren weltweit steigenden Flüchtlingszahlen weiterhin nötig ist und die Minderung von Fluchtursachen als ein ressortübergreifendes Thema zu sehen.“ Konkret hebt das BMZ Handlungsempfehlungen wie „entschiedenere Unterstützung von Entwicklungsländern beim Kampf gegen den Klimawandel“ und „bessere Berücksichtigung der besonderen Lage von Binnenvertriebenen“ hervor. Mit einer so willkürlichen und begrenzten Auswahl von Handlungsempfehlungen verweist das BMZ zugleich auf die vielen



blinden Flecken bei der Bekämpfung von Fluchtursachen, die im Bericht ausführlich dargelegt werden. Dieser deutet nämlich keineswegs einfach in Richtung „Weiter wie bisher“. Statt weiterhin Fluchtursachen weit weg zu bekämpfen, betont der Bericht an mehreren Stellen ausdrücklich, dass eine ernst zu nehmende Bekämpfung von Fluchtursachen hier in Europa ansetzen muss. Gleich im Vorwort heißt es: „Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen, sind nicht nur in den Ländern der Betroffenen selbst zu suchen, sondern auch entwickelte Länder wie die europäischen Staaten tragen dazu bei.“ Und wenige Seiten später: „Die Reduzierung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration erfordert Veränderungen in Deutschland und anderen Industriestaaten, denn unserer Wirtschafts- und Lebensweise tragen zu den Ursachen bei.“ Konkrete Handlungsfelder werden etwa in einem ambitionierten Klimaschutz, fairen Handelsbeziehungen und restriktiven Rüstungsexporten ausgemacht. Und es wird die Forderung erhoben, die Bundesregierung und die EU müssten sich „konsequent für eine gerechte globale Ordnung einsetzen“ und „Wohlstandsgefälle abbauen“.

Zugleich erkennt der Bericht an, dass die Gründe, warum Menschen aufbrechen, vielschichtig und miteinander verwoben sind, sodass man Flucht und Migration nicht immer sauber voneinander trennen kann: aus Binnenmigration in die Städte werde nicht selten Flucht ins Ausland und aus Arbeitsmigration ins Nachbarland könne Flucht auf einen anderen Kontinent werden. Insbesondere in Bezug auf Klimavertriebene, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen, verweist der Bericht auf bestehende Rechts- und Schutzlücken und fordert eine internationale Lösung ein. Auch eine Allianz für Resettlement soll gegründet werden, deren Mitgliedsländer direkt aus den Herkunftsländern Flüchtlinge aufnehmen.

## Migrationspartnerschaften und Rückführungen

Der Bericht ist also keineswegs eine Bestätigung der bisherigen Politik. Man kann ihn in Teilen sogar eher als Vorschlag für einen Paradigmenwechsel in der Fluchtursachenbekämpfung verstehen. Leider bleibt der Bericht jedoch in einigen Handlungsempfehlungen weit hinter dem zurück, was er postuliert. So deutlich er kritisiert, dass Entwicklungsmaßnahmen in den letzten Jahren zunehmend an die Kooperationsbereitschaft von Partnerländern bei der Migrationskontrolle geknüpft waren, so dürftig und widersprüchlich ist er in seinen konkreten Vorschlägen dazu.

So begrüßt die „Kommission Fluchtursachen“ die von Menschenrechtler:innen vielfach kritisierten Migrationspartnerschaften wie auch die Programme zur Förderung „freiwilliger“ Rückkehr und Reintegration. Wenn in dem Bericht Partnerschaften in beiderseitigem Interesse gefordert werden, geht es – wie gehabt – um eine Kopplung von Entwicklungszusammenarbeit an die Bereitschaft zur Kooperation beim Migrationsmanagement, etwa bei der Rücknahme von Migrant:innen. Treu dem Ansatz, sich Schutzsuchender zu entledigen, indem man nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals fragwürdige Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern schließt. Was die Förderung „freiwilliger“ Rückkehr und Reintegration angeht, wird der ressortübergreifende Ansatz gelobt. Zugleich wird deutlich gemacht, dass die alimentierte Rückkehr nicht zu erfolgreich sein darf, um keine Pullfaktoren auszulösen. Kritischen Stimmen, die darauf verweisen, dass die Reintegration oft nicht nachhaltig ist und viele Menschen ihre Rückkehr-Entscheidung bereuen, hält der Bericht „überzogene Erwartungen“ vor. Dass „überzogene Erwartungen“ nicht das Kernproblem sind, sondern vielmehr die Bedingungen, unter denen sich

Menschen zu einer „freiwilligen“ Rückkehr entscheiden, zeigen wir mit unserem Recherche- und Dokumentationsprojekt Rückkehr-Watch, mit dem wir gerade online gegangen sind. Es macht auch deutlich, in welch desolaten Situationen sich Menschen nach einer „freiwilligen“ Rückkehr häufig wiederfinden.

### Alle wollen Fluchtursachen mindern

Nach den Bundestagswahlen ist offen, wie es weitergeht mit der Fluchtursachenbekämpfung. Ein Blick in die Parteiprogramme lohnt: Fast alle größeren Parteien wollen Fluchtursachen mindern, doch die Vorstellungen davon, wie das gelingen soll, variieren stark. Einige Tendenzen zeichnen sich aber schon ab. Ungeachtet der sinnvollen Handlungsempfehlungen der Kommission Fluchtursachen sieht der Haushaltsplan ab 2023 massive Kürzungen unter anderem im Bereich der humanitären Hilfe, in der developmentpolitischen Bildungsarbeit, der zivilgesellschaftlichen Arbeit in den ökonomisch schwächsten Ländern und beim Zivilen Friedensdienst vor.

Sollte die Regierung der Empfehlung der Kommission folgen, Migrationspartnerschaften zu stärken, wird das kaum unter Wahrung der Menschenrechte möglich sein. Ägypten und Marokko werden als bevorzugte Partnerländer verhandelt, Ägypten zudem großzügig ausgerüstet mit Überwachungstechnologien, um Migrationsströme zu beobachten. Dass diese Technologien auch zur Identifizierung von politischen Gegner:innen genutzt werden, liegt auf der Hand. Hier wird also mit Regimen kooperiert, die mit Menschenrechtsverletzungen selbst Fluchtursachen produzieren. Auch mit Afghanistan hat die EU 2016 ein Migrations- und Rückführungsabkommen geschlossen, das erst Anfang dieses Jahres verlängert wurde. Entwicklungshilfefzahlungen dienen auch

hier als Druckmittel, um Kooperationsbereitschaft bei der Rücknahme afghanischer Staatsbürger:innen zu erwirken. Bis kurz vor der Machtübernahme der Taliban haben europäische Regierungen daran festgehalten, nach Afghanistan abzuschieben und die „freiwillige“ Rückkehr gefördert.

Wenn – auf universelle Werte und Rechte rekurrierend – Frauen und Männer alles riskieren und in Afghanistan oder Sudan für Demokratie und Gleichberechtigung auf die Straße gehen, in Ägypten oder Syrien Menschenrechtsverletzungen aufklären oder sich in Marokko oder Nigeria als homosexuell zu erkennen geben – dann kann das für sie schnell zu einem Fluchtgrund werden. Und dann müssen wir alles dafür tun, dass ihre Flucht gelingt. Was wir für die Zukunft brauchen, ist daher nicht nur eine Abkehr vom Euphemismus der „Fluchtursachenbekämpfung“, der zu oft nichts anderes meint als Fluchtverhinderung. Wir müssen vielmehr weiterhin Menschen unterstützen, die für ihre Rechte eintreten und dabei riskieren, fliehen zu müssen. Und wenn sie dann tatsächlich fliehen müssen, muss alles dafür getan werden, dass ihre Flucht gelingt.



Katherine Braun forscht und arbeitet im Bereich Fluchtursachen und war bis 2020 bei Brot für die Welt. Seit 2021 ist sie Referentin der Flüchtlingsbeauftragten der Nordkirche.



Ramona Lenz ist Referentin für Flucht und Migration beim Verein medico und Sprecherin der medico-Stiftung.

## VON WEGEN FREIWILLIG



Wer vor Krieg, Armut oder Perspektivlosigkeit geflohen ist, den Weg nach Europa geschafft und einen Asylantrag gestellt hat, hofft auf Ruhe, Sicherheit und die Aussicht, bleiben zu können. Doch immer häufiger unterbreiten die Behörden den Ankommenden das fragwürdige Angebot, sie mögen doch „freiwillig“ wieder gehen. Mal geschieht es, nachdem der Antrag auf Asyl abgelehnt worden ist, oft aber in noch laufenden Verfahren oder sogar schon davor. Die Lockung: Wer geht, erhält Geld und Hilfen für einen Neuanfang im Herkunftsland. Die versteckte Drohung: Wer bleibt, wird womöglich eines Tages zwangsweise zurückgebracht.

Programme zur Förderung Freiwilliger Rückkehr und Reintegration sind nicht neu. Seit einigen Jahren aber spielen sie in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik eine immer wichtigere Rolle. Rückkehrförderung kommt humaner daher als Abschiebungen, zumal sie verstärkt an entwicklungspolitische Maßnahmen gekoppelt wird: Die Rückkehr soll in eine erfolgreiche Reintegration, einen Neuanfang zu Hause, münden. „Rückkehr in Sicherheit und Würde“ – so das Versprechen.

Das Rechercheprojekt Rückkehr-Watch blickt hinter die suggestive Rhetorik. Es setzt sich kritisch mit Rückkehr und Reintegration auseinander und versammelt hierzu das Wissen von Fachleuten aus Deutschland sowie Herkunfts- und Rückkehrländern. Zudem kommen diejenigen zu Wort, um die es geht: Menschen, die zurückgekehrt sind. Ihre Geschichten machen anschaulich, was die Hintergrundtexte allgemein herausarbeiten: „Freiwillig“ im Sinne einer freien Entscheidung zwischen Alternativen ist die Rückkehr fast nie. Die Menschen gehen aus Verzweiflung, im Lichte falscher Versprechungen oder angesichts enormen Drucks; weil die restriktiven Verhältnisse des Asylsystems sie zermürbt und die Programme die Hoffnung geweckt haben, das Ganze könne nach einer Rückkehr doch noch ein gutes Ende nehmen.



Tatsächlich aber – auch das wird deutlich – gelingt nur in den wenigsten Fällen eine erfolgreiche Reintegration. Am Ende eines langen Weges stehen die Rückgekehrten oft schlechter da als zuvor. Die Politik der Freiwilligen Rückkehr ficht das nicht an. Schließlich erhöht jede:r „nach Hause Getriebene“ die Ausreisequote. Rückkehr-Watch dokumentiert die fortschreitende Indienstnahme von Entwicklungspolitik für Migrationsabwehr. Gleichzeitig bündelt die Website die Kritik an und Widerstände gegen diese Programme. Denn der Wunsch und das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde lassen sich nicht vertreiben.

# Im Handgemenge

Haiti. Der Präsidentenmord, das Erdbeben und der Kampf, der Katastrophe etwas entgegenzusetzen – Interview mit Pierre Esperance



Pierre Esperance ist Direktor des haitianischen Menschenrechtsnetzwerkes RNDDH.

*Pierre Esperance ist schwer zu erreichen. Der Menschenrechtler, den ich seit vielen Jahren als politischen medico-Partner kenne, befindet sich seit Februar in einem politischen und persönlichen Dauerausnahmезustand. Gemeinsam mit anderen Aktiven der haitianischen Zivilgesellschaft hat er nachgewiesen, dass die eigenmächtige Amtsverlängerung des mittlerweile ermordeten Präsidenten, Jovenel Moïse, nicht legitim war. Unermüdlich hat Pierre seine Kontakte bearbeitet, um eine Wende in der internationalen Politik zu bewirken. Diese aber setzte unter Führung der USA ungebrochen auf Moïse, wissend, dass dieser Gangs bewaffnete und sie gegen unliebsame Gegner:innen einsetzte. Auch gegen Pierre Esperance. Er hat mehrere ernst zu*

*nehmende Todesdrohungen erhalten. Seine Familie hat er außer Landes gebracht. Bei unserem Skype-Gespräch sitzt er in seinem Büro, jenem Raum, in den Gangmitglieder im Frühjahr eindrangen, um die Drohungen Waffen schwenkend zu untermauern. Als ich ihn auf seine Situation anspreche, winkt er ab und erkundigt sich nach meinem Privatleben. Während unseres Gespräches klingelt das Telefon unaufhörlich und Mitarbeiter:innen stürmen in sein Büro. Sein Schutz dürfte zur Zeit darin bestehen, dass die, die ihn bedrohten, nun Interesse an der Aufklärung des Präsidentenmordes haben.*

**Das Menschenrechtsnetzwerk RNDDH hat gerade einen ausführlichen Bericht über den Mord an dem haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse herausgegeben. Worin bestehen eure wichtigsten Erkenntnisse?**

Es war sehr schwierig, diesen Bericht zu verfassen. Die Verdächtigen kommen aus mehreren Ländern, Venezuela, Kolumbien, USA, Haiti und der Dominikanischen Republik. Einige Kolumbianer, die wegen des Attentats nach Haiti gekommen sind, standen nach unseren Erkenntnissen in Kontakt mit haitianischen Behörden. Es befanden sich 23 Polizeioffiziere im Haus des Präsidenten, die ihn schützen sollten. Außerdem gab es zwei Polizeieinheiten, die in der unmittelbaren Umgebung des Präsidentenwohnsitzes Streife fuhren. Als die Mörder kamen, gab es trotzdem keinen Widerstand. Deshalb heißt

es auch im Untertitel unseres Berichts: „wie Jovenel Moïse seinen Mördern ausgeliefert wurde“. Nach unseren Kenntnissen hatte Moïse seinen Wohnsitz bereits zwei Wochen lang nicht mehr verlassen. Er hatte zu verschiedenen Gelegenheiten den Konvoi des Präsidenten fahren lassen, ohne dass er darin saß. Es gab Warnungen vor einem möglichen Attentat, sei es auf dem Weg zum Nationalpalast oder an seinem Arbeitssitz. Ihn zu Hause zu ermorden, war offenbar Plan C. Es gibt ein bezeugtes Telefonat von einem der Mörder, in dem er seinem Gesprächspartner Moïse genau beschreibt, um sicherzugehen, dass er den Richtigen tötet. Nach dieser Vorgeschichte hätten Innen- und Justizminister zurücktreten müssen, allein deshalb, weil sie den Präsidenten nicht geschützt haben.

#### **Was sagt die Core Group, die ausländischen Geldgeber Haitis, in der auch die USA, die EU und Deutschland sitzen, zu diesen Vorwürfen?**

Die Haltung der Core Group ist uns vollkommen unverständlich. Von ihren Gnaden gibt es eine neue Regierung mit denselben alten Gesichtern. Die Core Group hat bestimmt, wer Übergangspräsident wird, sie hätte auch den Rücktritt der beiden Minister verlangen können. Hinzu kommt, dass es unseren Recherchen zufolge telefonischen Kontakt zwischen einem der Verhafteten und höchsten Stellen im Regierungsapparat gab. Offensichtlich gab es Beziehungen der Attentäter in Regierungskreise.

#### **Wie hat die haitianische Bevölkerung den Mord aufgenommen?**

Die Ermordung von Jovenel Moïse war ein Schock für uns. Auch wenn Moïse nicht populär war und von den meisten aktiven Menschen ganz deutlich abgelehnt wurde, so hat doch niemand damit gerechnet, dass ihn jemand töten könnte. Wir sind tief von diesem Ereignis getroffen, denn für meine Generation war eine solche Tat vollkommen undenkbar. Umso unfassbarer ist für uns das Verhalten der Core

Group. Sie unterstützt weiterhin die Leute, die die Gangs mit Waffen versorgt haben und die Verantwortung für das Versagen des Präsidentenschutzes tragen. Und doch entspricht es dem Verhalten der Core Group seit dem Amtsantritt von Moïse 2017. Seither hat sich die Menschenrechtssituation in Haiti katastrophal verschlechtert. Die Unsicherheit ist enorm. Spektakuläre Morde an wichtigen öffentlichen Personen stehen auf der Tagesordnung. Kid-

Wir erleben eine Gangsterisierung des Landes und die Zerstörung seiner Strukturen - mit Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“.

napping, um Lösegeld zu erlangen, ist ebenso Alltag wie kollektive Vergewaltigungen von Frauen. Wir erleben eine Gangsterisierung des gesamten Staates und der Strukturen des Landes: Das ist das Ergebnis der Regierungen von Martelly und seinem Nachfolger Moïse und deren Regierungspartei PHTK, die nach wie vor an der Macht ist. 12 der 17 Kabinettsmitglieder gehören dieser Partei an. Die anderen fünf sind langjährige Verbündete. Über Jahre hat diese Partei unsere demokratischen Institutionen abgebaut und politische Gegner ermorden lassen. Trotzdem hält die Biden-Regierung sie weiterhin für die richtige Gruppierung, um Haiti zu „stabilisieren“.

#### **Was genau ist mit Gangsterisierung gemeint?**

Wir haben keine Rechtssicherheit in Haiti. Seit 2018 haben 13 Massaker stattgefunden. Diese Massaker wurden von Gangs durchgeführt, die von Jovenels Regierung mit Waffen und Munition unterstützt wurden. Es ist nicht möglich, dass diese Leute, die Gangs zu Macht und Waffen verholfen haben, weiter in der Regierung sitzen.

**Nur um sicherzugehen: Ist die Core Group deiner Meinung nach bereit zu akzeptieren, dass möglicherweise die Hintermänner des Attentats Teil der neuen Regierung sind?**

Ja. So ist es. Das ist unglaublich.

**Die Core Group drängt auf Wahlen. Wann werden sie stattfinden?**

Nicht mehr, wie von der Core Group ursprünglich geplant, in diesem Jahr. Wenigstens das haben sie eingesehen. Die Zivilgesellschaft hat deshalb gerade einen neuen Pakt abgeschlossen, um faire Wahlen zu organisieren, was in den letzten Jahren nicht der Fall war. Wir hatten Wahlbeteiligungen von 20 bis 25 Prozent, die letzten beiden Präsidenten wurden mit wenigen hunderttausend Stimmen gewählt. Wir haben in Haiti ein Governance-Problem. Nach der Ermordung von Jovenel Moïse gab es keine Lösung entsprechend der Verfassung. Denn schon die letzten Monate der Regierungszeit von Moïse waren nicht verfassungsgemäß. Er hätte im Februar zurücktreten müssen. Stattdessen regier-

te er ohne Parlament nur per Dekret und mit Unterstützung der Gangs und der Core Group. Letztere hat unter Führung der Biden-Regierung auch entschieden, wer die Regierung und die Interimspräsidentenschaft übernimmt. Wenn es keinen legitimen Präsidenten gibt, hätte der Präsident des Obersten Gerichtshofes die Regierungsgeschäfte übernehmen müssen. Das steht so in der Verfassung.

**Hat die Zivilgesellschaft eine Alternative anzubieten?**

Seit Januar dieses Jahres haben sich 360 haitianische Organisationen, darunter auch protestantische und Episkopalkirchen zusammengeschlossen. Wir haben eine „Kommission für eine haitianische Lösung der Krise“ gegründet. 13 allseits respektierte Haitianer:innen wurden beauftragt, eine politische Vereinbarung über die Bildung einer Übergangsregierung zu erreichen, die in der haitianischen Gesellschaft über die nötige Glaubwürdigkeit verfügt. Seither hat die Kommission überall im Land Verhandlungen



Anstehen für ein bisschen Hilfe in der Nähe von Les Cayes, das besonders hart von dem Erdbeben Mitte August betroffen war.

über einen möglichen Übergang geführt. Es ist eine Übereinkunft erarbeitet, wie ein transparenter und inklusiver Prozess aussehen kann, um einen Übergangspräsidenten und einen Premierminister und sein Kabinett zu benennen – ohne Wahlen. Dabei hat die Kommission die Unterstützung aller politischen Parteien, der Kirchen, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft erhalten. Die wichtigsten Aufgaben dieser Übergangsregierung bestünden darin, das Wahlsystem, darunter auch das Wahlregister zu reorganisieren, die Polizei zu stärken, um für Einhaltung des Rechts zu sorgen und das Justizsystem auszubauen, um Verletzungen des Menschenrechts und der Verfassung auch juristisch zu belangen. Die Straflosigkeit in Haiti ist ein zentrales Problem. Alle sind Teil dieses Prozesses – bis auf die Regierungspartei, die Gangs und die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Vereinigten Staaten. Das wird uns aber nicht davon abhalten, für dieses Projekt weltweit Unterstützung zu suchen.

### Wie ist die Lage in den Gebieten im Süden nach den jüngsten Erdbeben?

Schrecklich. Die haitianische Regierung ist zu keiner Koordinierung in der Lage. Wie nach dem Erdbeben 2010 kommen ausländische Hilfsorganisationen mit ihrer eigenen Agenda. Angesichts der Entstaatlichung in Haiti können die Behörden nicht einmal die einfachsten Dinge organisieren. Die internationalen NGOs bringen erste Hilfe, aber sie arbeiten nicht mit haitianischen Akteur:innen vor Ort zusammen. Stattdessen kooperieren sie mit den Gangs, denn diese kontrollieren die Zugänge zu den Betroffenen. Eigentlich gibt es drei Phasen der humanitären Hilfe: die akute Nothilfe, die Rehabilitation und den Wiederaufbau. Letzteres kann man aber nicht ohne lokale Partner:innen machen. Es wird also nicht dazu kommen. Aus den Fehlern von 2010 wurde nichts gelernt.

*Interview: Katja Maurer*

Foto: matrimoine.art



## DICHTERINLESUNG

## KUNST UND KATASTROPHE

YANICK LAHENS BEI MEDICO:  
4. OKTOBER 2021, 19 UHR

Eine der wichtigsten Stimmen Haitis, die Schriftstellerin Yanick Lahens, liest aus ihrem jüngst auf Deutsch erschienenen Roman „Sanfte Debakel“ und steht anschließend zum Publikumsgespräch zur Verfügung. Die Veranstaltung findet live statt. Sie wird aber auch im YouTube-Kanal von medico international übertragen.

[www.medico.de/terminkalender](http://www.medico.de/terminkalender)

medico arbeitet seit 2010 in Haiti. Das Menschenrechtsnetzwerk RNDDH gehört zu den engsten Partner:innen, nicht nur in der Abwicklung von Projekten, sondern auch in der politischen Kooperation. Das Netzwerk und andere medico-Partner:innen, darunter die sozialwissenschaftliche Organisation Cresfed, deren wichtiges Arbeitsgebiet mitten im Epizentrum des Erdbebens liegt, leisten aus Spendengeldern Nothilfe. Für eine nötige langfristige Kooperation mit unseren Partner:innen bitten wir um Unterstützung.

Spendenstichwort: Haiti

# Revolte ohne Revolu- tion

Nach Tagen der Plünderung versuchen Ladenbesitzer:innen und Freiwillige in Durban, ihre Läden zu schützen.



## Südafrika. Die Unruhen zeigen, wie das koloniale Erbe im politisch Unbewussten die Gesellschaft weiterhin spaltet

### Von Usche Merk

Meine südafrikanische Whatsapp-Gruppe explodiert. Ströme von Analysen, Kommentare, Links, Webinare, Geschichten, Erklärungen, Bilder und persönliche Nachrichten von Freund:innen und Kolleg:innen. „Viele Schüsse seit heute Morgen um 8“, „Wir sind jetzt 100% im Haus“, „Etwas geschieht hier, was alles verändert“, „Die Straßen sind gespenstisch leer, nur die selbsternannte Bürgerwehr fährt umher und jagt Menschen, die sie Plünderer nennen“. Ich sammle Worte, Texte, Kommentare und versuche sie zu sortieren. Die Folgen der Unruhen in nüchternen Zahlen: über 200 Tote, 55.000 Kleinhändler und 40.000 Geschäfte betroffen, 129.000 Jobs verloren, allein in der Provinz KwaZulu-Natal 89 Einkaufszentren zerstört, 45 Lagerhäuser, 22 Fabriken, 139 Schulen, selbst Gesundheitseinrichtungen.

Später. Äußerlich ist Ruhe eingetreten, das Aufräumen beginnt. Was ist geschehen, als Proteste gegen die Inhaftierung des korrupten Ex-Präsidenten Zuma in schwere Gewalt umschlugen und vielerorts im Land Unruhen eskalieren? Es scheint, als haben sich verschiedene Prozesse übereinandergeschoben. Es begann mit der geplanten Zerstörung systemrelevanter Infrastruktur und mit Aufrufen auf sozialen Medien zu Plünderungen und Gewalt. Sie stammten aus politisch-kriminellen Kreisen, die mit Unterstützernetzwerken von Zuma verbunden sind. „Wer die Lieferkette beherrscht, beherrscht das Land.“ So beschreibt es der Investigativjournalist Richard Poplak, der sich seit Jahren mit den

Zuma-Interessengruppen beschäftigt. „Die Unruhen in KwaZulu-Natal sind weit mehr als ein politischer Protest oder eine spontane Äußerung lokaler Ängste. Unter dem Vorwand von Zumas Inhaftierung ließ ein großes lokales Gangsternetzwerk die Muskeln spielen. Es zeigte: ‚Wir sind hier. Haltet uns auf, wenn ihr könnt.‘ Die Antwort des Staates war so blutleer wie klar: ‚Das können wir nicht. Helft euch selbst.‘“

Vor diesem Hintergrund, aber unabhängig davon, entstanden spontane Aufstände und Aneignungen, die viele als Hungerrevolte bezeichnen. Sie nahmen eine Eigendynamik an, auch weil die Polizei nicht oder nur hilflos eingriff. Die sofortige Organisation von privaten Milizen der Geschäftsleute, die ganze Viertel abriegelten und Jagd auf alle der Plünderung Verdächtigen machten, zeigt die massive private Bewaffnung der Mittelklasse und ihre Spaltung entlang rassistischer Kategorien in Gruppen, die sich gegenseitig bekämpfen.

### Hunger und Demütigung

„Die Unruhen haben nichts mit Zuma zu tun“, heißt es in einer Stellungnahme von Abahlali baseMjondolo. In der Bewegung der Bewohner:innen informeller Siedlungen rund um Durban sind über 70.000 Menschen organisiert. „Armut und Hunger waren eine Bombe und der von Zumas Leuten verursachte Zusammenbruch der Ord-

nung zündete die Lunte. Alle nahmen sich Essen, denn alle leiden unter Hunger und Armut.“ Durch die Pandemie haben viele Menschen Arbeit und Einkommen verloren, mehr als 74 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Im April wurde im Zuge einer grausamen Sparpolitik das Gesundheitsbudget gekürzt und selbst die kleine Corona-Hilfe gestrichen – kurz vor der dritten Welle und einem erneuten Lockdown. Laut einer aktuellen Ernährungsstudie haben 13 Millionen Menschen in Südafrika nicht genug zu essen. Das ist mehr als jede:r Fünfte.

Doch der Hunger ist es nicht allein. Es geht um die jahrzehntelange Demütigung der Armen durch die Eliten. „Sie sehen uns nicht“, schreibt Abahlali. „Die Menschen können nicht weiter in schrecklicher Armut leben, nur um Jahr für Jahr ignoriert zu werden. Der Staat hat auf jeden unserer friedlichen Proteste mit Gewalt reagiert.“ Diese Ignoranz hat Folgen: Wem keine Zukunft eröffnet wird, hat in der Gegenwart kaum etwas zu verlieren. Bei Abahlali heißt es: „Fragt man die Leute, was sie in der Zeit nach den Unruhen essen werden, sagen sie, dass sie jetzt hungrig sind und Hunger tödlicher sei als Covid. Die Menschen schauen nur auf die Gegenwart und nicht auf die Zukunft, weil sie nicht glauben, dass sie eine Zukunft haben.“

Der Kolumnist Busani Ngcaweni thematisiert die Plünderungen von oben: „Die ‚Lumpen‘ und die Eliten plündern beide, sie tun es nur unterschiedlich, je nach Macht, verfügbaren Ressourcen und Raffinesse.“ In Vorstandsetagen und klimatisierten Hochhausbüros habe der Kapitalismus ein ausgeklügeltes und gesetzlich toleriertes System der Plünderung aufgebaut, „einschließlich der Fähigkeit, Ausschreibungen zu fixieren, Mieten zu erpressen, Geld ins Ausland zu verschieben oder dem Steuerzahler auszuweichen.“ „Der Sturm wird sich legen“, prognostiziert der Erziehungswissenschaftler Jonathan Jansen und befürchtet: „Wir werden

neu starten, als wäre nichts passiert und uns nicht mit den tieferen Ursachen befassen – bis es wieder passiert.“

Am Samstag nach den Unruhen gab es ein digitales Treffen von über 200 Aktivist:innen, die sich im weitesten Sinne der Linken zuordnen. Alle wollen mitreden, alle haben Erklärungen, Strategien, Vorschläge, wie es weitergehen soll. Die Diskussion wird zu einem Kraftakt für die Moderator:innen, der Chat läuft über. Alte Spaltungen, Auseinandersetzungen und Kommunikationsstile zeigen sich, reiben sich auf, bremsen die Energie, neu nachdenken und anders handeln zu wollen. Danach machen alle irgendwie weiter, ohne gemeinsame Aktionen oder Bündnisse. Eine „Revolte ohne Revolution“ nennt der postkoloniale Jurist Jaco Barnard-Naudé die Unruhen. Und er fragt, wie es weitergehen kann. „Das Deprimierende aus linker Sicht ist das völlige Fehlen einer positiven utopischen Alternative.“ Viele versuchen, sich erst mal gegen die Gefahr neuer Gewalt entlang von rassistischen und ethnizistischen Spaltungen zu stemmen, die demokratische Verfassung und die Unabhängigkeit der Justiz zu verteidigen und ein garantiertes Grundeinkommen zu erkämpfen, um das Weiterleben zu sichern.

## Dünnere Boden

Abahlali verschickt einen dringenden Aufruf zur Solidarität: „Die Lage in Durban ist sehr ernst. Politische Interessengruppen versuchen, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen, damit sie ihre Ausbeutung fortsetzen können. Es werden Falschinformationen verbreitet, um Angst und Wut zu schüren.“ Bei vielen brechen tief sitzende Erinnerungen und Ängste auf, vor rassistischer, xenophober, ethnizistischer Gewalt, vor dem Hass zwischen den Communitys. Der Journalist Mark Gevisser entlarvt die Selbsttäuschung der Mittelschicht, die behauptet,

sie tue, was sie kann, während „wir unser gutes Leben in der inbrünstigen Hoffnung leben, dass der dünne Boden nicht aufbricht und das Chaos darunter zum Vorschein kommt“.

Hinzu kommt die Erkenntnis, wie tief die Geschichte in den Menschen steckt. „Keiner von uns wird jemals einen Atemzug tun, der völlig losgelöst ist von dem Strudel aus Leid, Grausamkeit und Gewalt, den wir unser Land nennen. Die Geschichte sitzt uns in den Knochen und wir geben sie an unsere Kinder weiter.“ So heißt es im Leitartikel von „New Frame“. Auf dieser digitalen Plattform konfrontieren sich sozial engagierte Autor:innen radikal mit der Frage, ob sie sich an die Strukturen der Unterdrückung angepasst haben statt sie zu überwinden; ob sie sich genug gegen eine Politik gewehrt haben, die nimmt, was andere haben. Die Feststellung von James Baldwin, dass nicht alles, was man sieht, verändert werden kann, aber nur das verändert werden kann, was man auch sieht, ist zum Leitbild der New Frame-Autor:innen geworden: „Wir werden nicht in der Lage sein, all das zu ändern, dem wir uns jetzt stellen müssen. Aber ohne den Mut, uns dem zu stellen, was wir sind, was wir werden und wie verzweifelt und hässlich es ist, werden wir unseren Abstieg fortsetzen und so tun, als sei eine Art Erlösung in Sicht. Alles andere als ein tiefer Pessimismus gegenüber der Gegenwart und der Mut, aus diesem Pessimismus heraus zu denken und zu handeln, um soziale Hoffnung ohne Illusionen zu erzeugen, ist kriminell.“

Laut dem Psychoanalytiker Wahbie Lang kommt in der Gewalttätigkeit der südafrikanischen Gesellschaft ein politisch Unbewusstes zum Ausdruck. Er nennt es eine Master-Slave-Dialektik in der Psychologie der Kolonisierung, die sich in immer neuen Formen wiederholt. Um ihr zu entkommen, müsse sich das „Land auf das Sofa legen“. Andere erinnern an die scharfen Warnungen des südafrikanischen Intellektuel-

len und Befreiungskämpfers Neville Alexander. Dieser mahnte vor den Folgen tief verwurzelter, ererbter rassifizierter Identitäten, die das Bewusstsein der Bevölkerung im kolonialen und durch die Apartheid geprägten Südafrika entstellt haben. „Die meisten Südafrikaner glauben weiterhin an diese ‚Rassenkategorien‘, weil sie darauf konditioniert wurden, sie als real zu akzeptieren.“

Für Abahlali gibt es keine Alternative zum Handeln. Über zweihundert Bewohner:innen haben in den Unruhen ihr Zuhause verloren, als Unbekannte ihre Siedlung anzündeten. Sie brauchen Essen und Hilfe, um ihre Unterkünfte wieder aufzubauen. Und sie brauchen solidarische Unterstützung bei ihrem Widerstand gegen Spaltungen und Fake News. medico leistet solche Unterstützung. Immer wieder fühlen wir mit und schreiben über die Verzweiflung, die die Kolleg:innen in Südafrika aushalten gezwungen sind. Aber wir werden uns auch fragen, wann wir die Produktion von Sinn verweigern und den Pessimismus aushalten müssen.



Usche Merk begleitet bei medico seit vielen Jahren Kooperationen mit südafrikanischen Projektpartner:innen und ist als Fachreferentin zuständig für psychosoziale Arbeit.

**medico unterstützt Abahlali dabei, in den Gemeinden Nothilfe zu organisieren. Auch die Kämpfe um ein garantiertes Grundeinkommen und für eine gerechte Gesundheitsversorgung unserer anderen Partnerorganisationen begleiten wir weiterhin.**

**Spendenstichwort: Südafrika**

# In Turbulenzen

Die Pandemie [über]fordert Einzelne und Gesellschaften. Eine psychosoziale Ringvorlesung erkundet die sozialen und affektiven Folgen

Ein Bildschirm voller Kacheln mit Gesichtern und Stimmen aus aller Welt. Mpumi Zondi spricht aus Südafrika. Sie sagt: „In der Pandemie kämpfen wir als psychosoziale Begleiterinnen nicht nur mit dem Virus. Wir kämpfen mit zunehmendem Hunger. Und wir kämpfen mit unserer Hilflosigkeit und unserer Wut. Es kommen Frauen zu uns, die aus ihren Häusern geworfen wurden, nachdem ihre männlichen Partner an Covid gestorben sind. Sie werden misshandelt und ausgebeutet und wissen nicht, wohin.“ Die klinische Direktorin von Sophiatown Community Psychological Services in Johannesburg ist eine von fast dreißig psychosozialen Aktivist:innen und Expert:innen aus acht Ländern, die sich seit fast einem Jahr regelmäßig treffen – aus Partnerorganisationen von medico, Haukari und Brot für die Welt. Über Sprach- und Zeitgrenzen hinweg schaffen sie im digitalen Raum Verbindungen. Das ist nötiger denn je.

Die Pandemie stellt einen massiven Einschnitt dar. Die Ausbreitung des Virus und die Eindämmungsmaßnahmen haben andere Krisen verschärft und sich zu einer „Poly Pandemie“ ausgeweitet. Covid-19 verschränkt sich mit „Pandemien“ der Armut, der Ungleichheit, der patriarchalen Gewalt, der Militarisierung, des Autoritarismus, der Isolation. All das geht mit sozialen und psychischen Zerwürfnissen einher: Weltweit sind Psychen in heftige Turbulenzen geraten. Diese drücken sich nicht nur in zunehmenden psychischen Leiden aus, sondern

auch in Affektpolitiken und Auseinandersetzungen um neue Existenz- und Subjektformen.

Auf den digitalen Treffen sprechen die Partner:innen auch über eigene Gefühle inmitten der Krise. Die meisten sind unmittelbar von dem Virus betroffen, da sie selbst Angehörige durch Corona verloren haben. Ausnahmslos alle berichten davon, dass und wie sich die patriarchale Gewalt verschlimmert hat: Es ist ein Krieg auf feminisierten Körpern, „als läge die Welt auf unseren Schultern“, beschreibt es jemand. Überall hat sich etwas verändert. „Die wirtschaftliche Situation hat sich extrem verschlechtert“, erzählt eine Kollegin aus dem Irak, „Leute, die vorher zusammengearbeitet haben, bekämpfen sich, die Situation wird immer unsicherer. Ich habe Angst.“ – „Corona wird als Vorwand genutzt, um die Korruption und Militarisierung auszuweiten“, beschreibt eine Menschenrechtsaktivistin aus Mexiko weitere Folgen. „Es fühlt sich an, als ob es keine Zukunft gibt. Gemeinsam sind wir wütend und gleichzeitig sind wir sehr getrennt voneinander.“ Die Berichte aus verschiedenen Weltregionen machen eine Welterfahrung sicht-, hör- und fühlbar, die sonst meistens verborgen bleibt.

Es sind diese „neuen“ pandemischen Bedingungen, in denen eine diffuse und beunruhigende Stimmung entsteht: Die alte Weltordnung bröckelt nicht nur, sie scheint zusammenzubrechen. Angst, Wut und auch Verschwörungs-

denken nehmen zu. Dabei handelt es sich keineswegs um ein „demokratisches Virus“, vor dem alle gleich sind. Die Pandemie verläuft entlang kapitalistisch produzierter globaler, nationaler und lokaler Ungleichheitsverhältnisse. Die durch die Pandemie verschärfte Ungleichheit des Leidens ist auch eine Krise des moralischen Diskurses und des Gefühlsmanagements: Ein „Weiter so“ ist nur um den Preis brutaler Leugnung und Ausgrenzung und damit fortgesetzter Empathie- und Beziehungslosigkeit zu haben.

### Verdrängung greift nicht mehr

Die argentinische Intellektuelle Rita Segato hat die These aufgestellt, dass die globale Präsenz des Virus die individuellen und gesellschaftlichen Verdrängungsmechanismen angreift, die den Tod aus dem Leben verbannen (sollen). Damit werden auch Resilienzstrategien brüchig und Verwundbarkeiten sichtbar. Zugleich gibt der pandemische Bruch dem Wunsch, die „alte Normalität“ gar nicht mehr haben zu wollen, neuen Antrieb. Veränderung kann entstehen, wenn sich Wünsche und Gefühle verändern, wenn sich andere Subjektivierungsformen und Kämpfe entwickeln, die Angst und Ohnmacht bannen – weil sie die Sehnsucht nach lebenswahrenden, solidarischen Politiken, nach Beziehung, Reziprozität, Gerechtigkeit und Vielfältigkeit jenseits kapitalistischer Logiken wachrufen.

Dies ist der Kontext, in dem sich medico in den kommenden Monaten mit aktivistischen und akademischen Partner:innen auf eine analytische Suche begeben wird. In sechs Veranstaltungen wird die Ringvorlesung „Turbulente Psyche[n]“, zusammen mit dem Institut für Sozialforschung und dem Institut für Human-geographie der Frankfurter Goethe-Universität organisiert, globale Affektpolitiken und psychosoziale Kämpfe um Gesundheit und Gerechtig-

keit in pandemischen Zeiten erkunden. Entlang von Gefühlen wie Angst, Einsamkeit, Trauer, Wut, aber auch Fürsorge und Sehnsucht geht es darum, psychisches Leid zu entprivatisieren und zu rekontextualisieren – in den globalen Krisen und den lokalen Verhältnissen, in den Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Was hat die Pandemie mit uns gemacht? Wer ist jenes „Wir“ angesichts unterschiedlicher Lebenssituationen, Erfahrungen und psychischer Turbulenzen? Und wohin führt all dies? Auf einem der virtuellen Treffen formulierte Mpumi Zondi dies so: „Wer werden wir geworden sein?“

*Jule Manek und Usche Merk*

### RINGVORLESUNG

## TURBULENTE PSYCHE [N] – AFFEKTE UND KÄMPFE IN DER PANDEMIE

Als Referent:innen eingeladen sind **Cincia Arruzza, Clemencia Correa, Verónica Gago, Koketso Moeti, Eva von Redecker, Djamila Ribeiro, Rita Segato, Mpumi Zondi** und weitere psychosoziale Menschenrechts-Aktivist:innen und kritisch feministische Theoretiker:innen. Die Ringvorlesung findet als digitale Plattform im Wintersemester montags von 18-20 Uhr statt.

[www.medico.de/turbulenzen](http://www.medico.de/turbulenzen)

# Sturz ins Bodenlose

Libanon: Ein Jahr nach der Explosion im Hafen Beiruts sorgt allein die Zivilgesellschaft für Aufklärung und entwickelt Ideen des Wiederaufbaus

Von Mario Neumann und Till Küster

Die spektakulären Bilder der Explosion im Beiruter Hafen am 4. August 2020 gingen um die Welt. Seither hat sich in dem zerstörten Areal kaum etwas getan. Weder hat der Wiederaufbau begonnen noch wurde der Bevölkerung in den angrenzenden Stadtteilen geholfen, wurden ihre Wohnungen renoviert, ihre Verletzungen behandelt oder ihre Arztrechnungen bezahlt. Nichts hat sich hier verbessert – während sich rundherum und inzwischen im ganzen Land vieles dramatisch verschlechtert hat. Binnen weniger Monate hat die libanesische Währung 90 Prozent ihres Wertes verloren, über 70 Prozent der Bevölkerung leben mittlerweile in Armut und Hunger. Es mangelt an allem, sogar an Strom für Krankenhäuser und an Medikamenten. Die Weltbank erklärte die Situation kürzlich zu einer der weltweit zehn schwersten ökonomischen Krisen seit Mitte des 19. Jahrhunderts, nicht ohne den Zusatz „vielleicht sogar der Top drei“.

Auf die Explosion des Hafens folgte die Implosion des Staates und seines überkommenen Systems an Proporz, Kumpanei, Vetternwirtschaft und Einflussnahme aus dem Ausland. Die politische Führung führt ein absurdes Schauspiel auf. Mittlerweile ist der dritte designierte Premier benannt, ein Kabinett zu formieren. Nach 13 Monaten ohne Regierung meldete Nadschib Mikati am 10. September Vollzug. Ein Neuanfang? Mitnichten. Unter den 24 vorgesehenen

Kabinettsmitgliedern ist eine einzige Frau. Und Mikati, ein saudisch-libanesischer Milliardär und bereits zwei Mal Premier, ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt.

## Vertreibung statt Versorgung

Auch alle medico-Partner:innen im Libanon haben auf Notbetrieb umgestellt. Sie müssen tagelange Stromausfälle ertragen, können keine Medikamente nachbestellen, hantieren mit bis zu zwölf Wechselkursen gleichzeitig oder fürchten aufgrund der zunehmend ausweglosen Situation um ihre Sicherheit und Zukunft.

Zum Jahrestag der Explosion haben drei Partnerorganisationen gemeinsam eine von medico initiierte und unterstützte Studie erstellt, die von der Gruppe The Public Source veröffentlicht worden ist. Sie zeigt, dass migrantische Arbeiter:innen ebenso ihrem Schicksal überlassen sind wie die Anwohner:innen in den zerstörten Stadtteilen und die lebenslang Geschädigten. Menschen, die dauerhafte körperliche Behinderungen von der Explosion davongetragen haben – vermutlich rund 1.000 Personen – wissen nicht, wie sie ihre Behandlungen bezahlen sollen. Eine Umfrage, die das Recht-auf-Stadt-Kollektiv Public Works unter Bewohner:innen der betroffenen Stadtteile durchgeführt hat,



Die Katastrophe im Libanon nimmt immer neue Dimensionen an.

ergab, dass knapp die Hälfte nicht in der Lage ist, die Reparaturen ihrer Wohnungen abzuschließen. Die Bewohner:innen sind außerdem der Gefahr dauerhafter Vertreibung ausgesetzt – angesichts einer unsicheren Wohnsituation und der Absenz des Staates sowie eines rechtlichen Rahmens, der das Recht auf Wohnen schützen würde. Zwar wurde im Oktober 2020 das Gesetz „über den Schutz der beschädigten und betroffenen Gebiete und deren Wiederaufbau“ verabschiedet, das die Verlängerung von Mietverträgen für Wohn- und Gewerberäume in

den beschädigten Gebäuden und Grundstücken um ein Jahr vorsieht und damit vorübergehend vor Zwangsräumungen schützt. Doch die Zeit läuft und die Auszahlung von Entschädigungen und die Wiederherstellung von Gebäuden zieht sich hin. Darüber hinaus haben die Behörden es versäumt, alternative Unterkünfte bereitzustellen, solange die Reparaturen noch nicht abgeschlossen sind. Die Folgen beschreibt die Studie so: „Der Staat hat die Bewohner, die ihre Häuser verloren haben, insbesondere die schwächsten Gruppen, wie Menschen mit ge-

ringem Einkommen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen und ältere Menschen, der Obdachlosigkeit ausgesetzt und gezwungen, die Last allein zu tragen. Infolgedessen kam es in den von der Explosion betroffenen Stadtvierteln vermehrt zu Zwangsräumungen, vor allem weil die Mieter nicht in der Lage waren, ihre Miete zu zahlen.“

### Keine Aufklärung, viele Fragen

Auch die Aufklärung der Frage, wie es zu der verheerenden Explosion kommen konnte, stockt – mit ihr die Schaffung von Gerechtigkeit, wie Verletzte, Geschädigte und Hinterbliebene sie einfordern. Zuletzt veröffentlichte The Public Source eine aktualisierte Liste mit der Zahl und Namen der Opfer. Es gibt bislang nicht einmal ein staatliches Gedenken für die Opfer – geschweige denn eine Anerkennung der zentralen Verantwortung der libanesischen Elite für das Desaster.

Über sechs Jahre lagerte das hochexplosive Material im Hafen. Die politisch Verantwortlichen wurden mehrfach gewarnt und unternahmen nichts. Dennoch ist bislang kaum jemand zur Rechenschaft gezogen worden. Weitere Fragen sind ungeklärt: Einige Berechnungen legen nahe, dass bei der Explosion weit weniger als die offiziell gelagerten 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat in die Luft gingen. Es stellt sich die Frage, welche Mengen an Stoffen tatsächlich explodierten und wieso sie dort gelagert wurden. Ammoniumnitrat ist ein wichtiger Bestandteil syrischer Fassbomben, die im Nachbarland Syrien Diktator Assad flächendeckend zum Einsatz brachte. Wurden ihre Bestandteile im Hafen von Beirut gelagert? Eine von der Bundesregierung finanzierte Aufräumaktion nach der Explosion entdeckte über 50 weitere Container mit zum Teil hochgiftigen, lebensgefährlichen Chemikalien, darunter auch Stoffe, die als

Kampfmittel eingesetzt werden können. Damit bestätigt sich der Verdacht, dass der Beiruter Hafen der syrischen Kriegswirtschaft als zentrale Nachschublinie diene. Unter anderem diese Informationen veröffentlichte der langjährige medico-Partner Lokman Slim Anfang des Jahres im libanesischen Fernsehen. Am 3. Februar wurde er mit vier Kopfschüssen im Süden des Landes ermordet aufgefunden. Eine gezielte Hinrichtung eines der lautesten Kritikers der korrupten Machtstrukturen und des Gebarens der schiitischen Hisbollah als iranisch-syrischer Arm im Libanon. Niemand ist bislang für die Tat zur Rechenschaft gezogen worden.

Trotz dieser miserablen, für kritische Stimmen brandgefährlichen Lage halten die medico-Partner:innen an ihrer anspruchsvollen Idee eines politischen Wiederaufbaus fest. „Wenn wir über den Wiederaufbau diskutieren, müssen wir dies im Rahmen einer Erzählung der Gerechtigkeit tun“, schreiben Mitglieder von Public Works. „Wir müssen die Betroffenen nicht nur als Individuen, sondern auch als eine neue Gemeinschaft unterstützen, die aus dem 4. August hervorgegangen ist.“ Mit Unterstützung von medico hat das stadtpolitische Kollektiv einen Leitfaden für die Bewohner:innen der zerstörten Viertel erstellt. Er dient dazu, Informationen zu verbreiten, Wissen aufzubauen und die Gemeinschaft anhand grundlegender Konzepte und Forderungen zu organisieren. Eine solche partizipatorische Stadtplanung soll zur sozialen und stadträumlichen Gerechtigkeit beitragen.

Zusätzlich half Public Works bei der Gründung von drei lokalen Vereinen, die als solidarische Strukturen der Interessenvertretung der Opfer dienen und ihre Forderungen organisieren, hörbar machen und bündeln sollen. Ziel ist es, in die kommunalen Entscheidungsprozesse zum Wiederaufbau eingebunden zu werden – ein fast utopisches Unterfangen angesichts der intransparenten und korrumpierten Stadtverwaltung



und eines Bausektors, den sich die wirtschaftliche und politische Elite des Landes unter den Nagel gerissen hat. Unter anderem deutsche Firmen stehen bereit, um milliarden schwere Bauprojekte um den Hafen zu realisieren. Allein für eines dieser Vorhaben hat die Bundesregierung bis zu zehn Millionen Euro bereitgestellt.

## Neuer Pakt? Alter Filz

Der Verfall im Libanon ist nicht nur hausgemacht. Das Land ist aufgrund seiner Lage ein zentrales Puzzlestück der regionalen Machtverteilung: im Süden die Grenze zu Israel, nach Osten und Norden die Grenze zu Syrien, nach Westen das Mittelmeer und die Außengrenze zu Zypern und damit zur EU. Der französische Präsident Macron hatte direkt nach der Explosion im Hafen in Beirut einen „neuen politischen Pakt“ für das Land versprochen. Nichts hat sich bewahrheitet. „Stabilisierung“ ist das neue und alte Zauberwort des Westens, ohne genau zu sagen, was man damit meint. Es waren die Libanes:innen selbst, die 2019 „alle“, also die gesamte politische und ökonomische Elite des Landes zum Rücktritt aufforderten. Bis heute aber sind die alten Strukturen, mögen sie auch noch so überkommen sein, an der Macht. In Luft aufgelöst hat sich nur die lokale Währung und damit die privaten Vermögen der breiten Bevölkerung.

Während westliche Staaten die humanitäre Hilfe in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht haben, blieb eine wirkliche Unterstützung der politischen Demokratiebewegung aus. Mittlerweile haben andere wieder die Initiative übernommen. Es zeichnet sich ein spektakulärer Energie deal ab, der die Lieferung von ägyptischem Gas an jordanische Kraftwerke vorsieht, von denen Strom über Syrien in den Libanon gespeist werden soll. Die US-Botschafterin in Beirut hat bereits Zustimmung signalisiert, diese Stromlieferungen trotz des Sanktionsregimes gegen

Syrien zuzulassen. Diktator Assad ist damit zurück am Verhandlungstisch. Ausgerechnet die ehemalige syrische Besatzungsmacht könnte möglicherweise bald wichtigster Stromversorger für den Libanon mit seinen 1,5 Millionen syrischen Flüchtlingen sein. Letzte Woche wurden sechs Syrer nahe der syrischen Botschaft in Beirut verhaftet, sie sollen an den syrischen Geheimdienst übergeben werden. Ihnen wird vorgeworfen, mit der Oppositionsbewegung im südsyrischen Daraa in Verbindung zu stehen, die nun seit über 70 Tagen von syrischen und iranischen Truppen belagert wird. „Syrien ist zurück, und damit die 1990er-Jahre“, schrieb dazu ein Beiruter Blogger und Journalist. Es ist einer der letzten Bausteine der „Restauration“ im Nahen Osten.



Die letzten Wochen und Monate waren für den Pressezuständigen Mario Neumann kein Zuckerschlecken: Zu viel Arbeit. Der Text ist trotzdem entstanden, weil er zuvor bereits zwei Mal im Libanon gewesen ist.



Bislang war Till Küster Projektkoordinator für Syrien und Libanon. Ab November hat er ein neues Aufgabengebiet. Er wird Leiter der Projekt- abteilung.

**In der tiefen und umfassenden Krise im Libanon sind Spendengelder und Hilfsaktionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn sie nicht auch im Horizont politischer Veränderung stattfinden. Die medico-Partnerorganisationen vor Ort versuchen diesen Spagat. Trotz der humanitären Notlage halten sie an der Perspektive eines anderen Libanon fest.**

**Spendenstichwort: Libanon**

# Europa ist tot

Der Historiker Jürgen Zimmerer über die Berliner Republik und die Kolonialismus-Debatte

Foto: Sebastian Engels



Prof. Dr. Zimmerer lehrt an der Universität Hamburg und beschäftigt sich mit der Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus, insbesondere in Südwestafrika und mit Fragen der Restitution und Reparation.

**Noch vor kurzem schien Bewegung in die Frage der Rückgabe geraubter Kulturgüter gekommen zu sein. „Nichts ist mehr unmöglich“, schrieben Felwine Sarr und Bénédicte Savoy 2018. Wo stehen wir heute in der Aufarbeitung unserer deutschen Kolonialgeschichte?**

Tatsächlich schien 2018 einiges möglich. Aber was ist umgesetzt worden? In Deutschland hat die Politik erste Schritte unternommen, nicht mehr. Auf dem Benin-Gipfel im Kanzleramt hat sich Deutschland bereit erklärt, die Benin-Bronzen zurückzugeben, ohne sich festzulegen, welche und wie viele. Wer entscheidet aber, wenn man sich nicht einig wird? In Deutschland gibt es dazu bislang nichts Konkretes. Belgien hingegen hat die Restitution der Kulturgüter

aus dem heutigen Kongo beschlossen. Als geraubt identifizierte Objekte gehören offiziell nicht mehr Belgien und werden, sobald die konkrete Möglichkeit gegeben ist, an die kongolesischen Partner:innen zurückgegeben. Davon sind wir in Deutschland meilenweit entfernt.

**Nicht einmal zu einer Rückgabe-Politik wie Belgien ist Deutschland in der Lage?**

Die deutsche Regierung und die hiesigen Museumsverantwortlichen geben immer erst nach, wenn es gar nicht mehr anders geht. Es gibt keine proaktive Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe. Zuerst hieß es, dass keine Objekte geraubt worden seien. Dann hieß es, wenn es sich um Raub handelt, geben wir es selbstverständlich zurück, aber das wären nicht viele Objekte, usw. Da unstrittig ist, dass es sich bei den Benin-Bronzen um Raub handelt, könnte man sofort das Eigentumsrecht restituieren und die Überführung entsprechend der lokalen Möglichkeiten später gestalten. Man könnte sie als Leihgabe aus Nigeria zwischenzeitlich in Berlin zeigen und Nigeria eine Leihgebühr bezahlen. Stattdessen erklärte der Präsident der Berliner Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger, in einem Radiointerview, dass die deutsche Seite entscheide, welche Kulturobjekte und wie viele restituiert würden. Die Botschaft lautet: Wenn ihr euch nicht auf einen für uns akzeptablen Kompromiss einlasst, erhaltet ihr gar nichts.

### **Immerhin waren die Verhandlungen mit Namibia erfolgreich.**

Auch bei den Verhandlungen mit Namibia über die Wiedergutmachung für den Völkermord an den Herero und Nama hat sich dieser koloniale Gestus wiederholt. Die deutsche Position war: Nehmt unser Angebot an oder ihr bekommt gar nichts. Das ist das Gegenteil von Dekolonisierung. Über den Umgang mit kolonialen Gewaltverbrechen und Genoziden verhandelt Deutschland, als ginge es um Fischereiquoten in Brüssel: Alle Tricks sind erlaubt und man zieht den Anderen über den Tisch. Das ist angesichts des Themas, um das es geht, völlig unangemessen. Die Rückgabe-Frage ist auch nur ein kleiner Ausschnitt einer notwendigen Dekolonisierung. Man verhandelt über die Rückgabe von Objekten, lässt aber zugleich im Mittelmeer Menschen ertrinken. Dass beides zusammengehört und Teil des kolonialen Erbes ist, muss man begreifen.

### **Brechen Dämme, wenn wir die Benin-Bronzen zurückgeben?**

Das Bild des Dammbrochs ist sehr problematisch. Ich würde vielmehr formulieren, dass sich damit Türen und Wege öffnen, weil mit der Rückgabe der Objekte eine Bewertung des Kolonialismus einhergeht. Es geht um das Selbstbild des Westens und des Globalen Nordens als Hort der Aufklärung und der Menschenrechte. Wir in Europa behaupten ein Narrativ vom Aufstieg des Westens, ohne die Kehrseiten – Sklaverei, ethnische Säuberungen oder Ausbeutung – zu erwähnen. Wenn man das Recht auf Rückgabe anerkennt, gibt man diese dunkle Unterseite der europäischen Geschichte zu. Beim Völkermord an den Herero und Nama hat sich die Bundesregierung zwar bereit erklärt, eine Milliarde Euro in 30 Jahren zu bezahlen. Aber sie legt Wert auf die Feststellung, nur aus heutiger Sicht handle es sich um einen Genozid, ein Rechtsanspruch bestehe nicht. Die Gelder sind also keine Wiedergutmachung. Die 36 Millionen pro Jahr sind Wiederaufbauhilfe. Es handelt sich um eine freiwillige Maß-

nahme, die mit der Rhetorik und der Praxis der Hilfe verknüpft ist. Diese Hilfe erhöht moralisch den Helfer, während Wiedergutmachung ein klares Schuldbekenntnis und keine Selbstüberhöhung wäre. Die erhöhte Position ist die koloniale Position.

### **Der Schriftsteller Uwe Timm hat in seinem Roman Morenga bereits 1976 eine direkte Verbindungslinie vom deutschen Kolonialismus und zu den Verbrechen des Nationalsozialismus gezogen. Damals gab es keinen Aufschrei. Heute stehen solche Überlegungen unter dem Verdacht, den Holocaust relativieren zu wollen. Was macht es so schwierig, die Aufarbeitung des Kolonialismus in Beziehung zum Nationalsozialismus und zur Judenvernichtung zu stellen?**

Im Grunde erleben wir seit der Wiedervereinigung eine Berliner Republik, die eine neue Rolle in der Welt spielen will. Die Suche nach einem identifikatorischen Kern wird durch das Humboldt Forum, den Neubau des Berliner Stadtschlosses, symbolisiert. Die alte Erzählung von Deutschland als dem Land der Dichter und Denker wird neu aufgelegt. Das Berliner Stadtschloss überschreibt die nationalsozialistische Geschichte und ihre Folgen, ist es doch eng mit dem Kaiserreich und damit auch der deutschen (kolonialen) Gewaltgeschichte verknüpft. Zwar leugnet niemand außer Rechtsradikalen den Holocaust. Aber dieses neue (alte) Narrativ der Berliner Republik löst die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft aus der Geschichte heraus. Das apodiktische Paradigma der Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen fördert dieses Denken. Dabei muss die Frage eigentlich lauten, worin einerseits das Singuläre der Verbrechen liegt und wo andererseits die Verbindungslinien mit anderen gewalttätigen Ereignissen sind. Sonst kappt man die Verbindungslinien zwischen dem Dritten Reich und der deutschen Geschichte insgesamt. Selbst jene, die die deutsche Geschichte positi-

ver sehen wollen, akzeptieren ja meist das Verbrecherische dieser Jahre, sie sehen sie nur als untypisch für die deutsche Geschichte. Leicht wird daraus: Diese Verbrechen waren so schlimm, dass sie quasi außerhalb der Geschichte stehen. Die Kolonialismus-Debatte steht dieser Lesart entgegen. Denn sie stellt fest, dass es einen Genozid vor dem Genozid gab und einen Rassenstaat vor dem Rassenstaat. Die deutsche Gewaltgeschichte begann also nicht 1933, sondern wesentlich früher. Eine solche Erkenntnis verankert wesentliche Merkmale des Dritten Reiches – also Rassismus, Antisemitismus, genozidale Politik – in der Geschichte des Kaiserreiches. Unter Historikerinnen und Historikern erleben wir jedoch gerade eine Diskussion um eine positivere Neubewertung des Kaiserreiches. Es geht aber eigentlich um die Debatte, wie sehr die Verbrechen des Dritten Reiches in der deutschen Geschichte verwurzelt sind. Das ist eine grundsätzliche Frage wie die um den Aufstieg des Westens, und beide sind sicher auch miteinander verbunden.

**Sie haben gemeinsam mit anderen Wissenschaftler:innen einen Aufruf lanciert, der u.a. von der Genozidforschung verlangt, die eigene Wissenschaft in den Kontext der heutigen globalen politischen Herausforderungen, insbesondere der Klimakatastrophe zu stellen. Warum?**

Die Genozidforschung ist eine junge Disziplin. Sie ist erst in den vergangenen 40 Jahren entstanden. Die Klimakrise wird, davon gehen wir in dem Aufruf aus, ein Katalysator für Gewalt sein. Unsere Befürchtung ist, dass die Gewalt in ärmeren Regionen schneller wachsen wird, weil sie auch früher und stärker von der Klimakrise betroffen sind. Das heißt nicht, dass die Klimakrise und Gewalt automatisch miteinander verknüpft sind. Aber die Gefahr, dass bei Ressourcenknappheit alte Feindbildkonstruktionen in den Fokus rücken und Ausschlusslinien entlang ethnischer oder religiöser Konflikte gezogen

werden, muss man zur Kenntnis nehmen. Es gibt eine Traditionslinie in der Genozidforschung, die im Sinne der westlichen Erzählung davon ausgeht, dass westliche demokratische Gesellschaften keine Genozide verüben. Danach ereignen sich solche Gewaltverbrechen

Über den Umgang mit kolonialen Gewaltverbrechen und Genoziden verhandelt Deutschland, als ginge es um Fischereiquoten in Brüssel.

nur in außerwestlichen Staaten, womit ja auch die Interventionen der letzten Jahrzehnte begründet wurden. In diesem Bild reitet der Westen als Kavallerie ein und rettet. Daraus entstanden ist eine Zweiteilung: Die Menschen außerhalb des Westens sind die Täter und wir die Retter. In der Klimakrise wird dieses Bild vollends ad absurdum geführt. Denn der Westen trägt mit seinem Verbrauch an Ressourcen maßgeblich zur Verschärfung der Klimakrise bei. SUV-Fahrer, und nicht nur diese, sind also mitverantwortlich für die Gewalt in anderen Regionen. Für diesen Satz habe ich heftige Reaktionen erhalten. Aber das ändert nichts an der Tatsache. Unser individuelles Verhalten hat globale Konsequenzen.

**Die postkolonialen Debatten haben die öffentliche Wahrnehmung verändert. Das zeigt sich an der Empörung über die Vernachlässigung der Menschen in Afghanistan, die man den Taliban ausliefert. Sehen Sie neue Möglichkeiten für eine Öffentlichkeit, die sich ihrer Weltverantwortung bewusst ist?**

Ich befasse mich als Historiker vor allen Dingen mit Afrika. Und hier erlebe ich nach wie vor das klassische koloniale Muster, in dem sich

der Westen und auch die Öffentlichkeit in der Rolle der HelferIn sieht. Unser Bild von uns selbst reproduziert sich unablässig: Wir sind die Guten, wir sind alle Albert Schweitzer. Dieses Hilffsystem funktioniert auch für andere Regionen so. Deutschland erklärt, die Benin-Bronzen zurückgeben und beim Aufbau eines Museums „helfen“ zu wollen. Wir helfen und helfen und helfen. Nein, wenn Nigeria eine rückwirkende Leihgebühr für die Bronzen erhalten würde, bräuchten sie keine Hilfsgelder mehr. Wollen wir die Sachen weiter ausstellen – ich bin sehr dafür –, dann müssen wir eben bezahlen, und zwar rückwirkend. Nigeria könnte damit die nötige Infrastruktur aufbauen.

**Wir befinden uns nun sichtbar und spürbar in einer globalen Krise, deren Ausmaß wir noch verstehen lernen müssen. Würde ein nicht eurozentrischer Universalismus helfen, sie zu verstehen, oder werden wir immer wieder einen Rückfall in den Eurozentrismus erleiden?**

Ich fürchte, dass wir mit Blick auf die globale Krise immer wieder im Eurozentrismus landen. Das Gute ist, dass wir nicht länger der Nabel der Welt sind. Klimakrise und Kolonialismus hängen zusammen, aber auch Dekarbonisierung und Dekolonisierung. Wir wissen um die Klimakrise und die Notwendigkeit der radikalen Änderung im Globalen Norden. Aber die Bürgerinnen und Bürger im Globalen Norden glauben das nicht, weil über 600 Jahre für Europäer:innen das Leben in einer kolonialen Globalisierung ein Leben über die Verhältnisse war. Das hat zu einer mentalen Disposition geführt, die davon ausgeht, dass es doch immer gut gegangen ist. Deshalb sind die Europäerinnen und Europäer, ja der Globale Norden insgesamt, völlig unfähig, auf diese Krise zu reagieren. Ausnahme sind etwa die jungen Leute von „Fridays for Future“.

**Sie sind gut vernetzt in der globalen Debatte. Wie sehen Sie die Forderungen von Denkerinnen und Denkern des Südens nach einer neu-**

**en Wissensproduktion, nach einer Besinnung auf eigene Quellen statt auf europäische Philosophie?**

Die Dezentrierung Europas – in den USA ist das ein wenig anders – ist eine Realität und das ist auch eine epistemische, auch eine intellektuelle Dezentrierung. Damit verlieren auch das europäische Wissen und die europäische Wissensproduktion ihre hegemoniale Position. Das europäische Denken muss sich beweisen im globalen Wettstreit, und da wäre es sicherlich von Vorteil, wenn sich die europäische Politik an den europäischen Ideen und Werten orientieren würde. Es wäre auch ein Gebot dekolonialer Verantwortungsübernahmen, wenn der Globale Norden wenigstens seine unstrittig vorhandenen wissenschaftlichen Kapazitäten für ein globales Nachdenken über eine gemeinsame Zukunft einsetzen würde.

**Was ist zu tun?**

Am Teilen, an globaler sozialer Gerechtigkeit führt kein Weg vorbei. Wenn man sich nicht auf ein Niveau des Ressourcenverbrauchs einigt, das jedem und jeder das Gleiche zugesteht, kann das in Gewalt bis zum Genozid enden. Statt zu teilen, schottet man sich ab, werden weltweit Mauern gebaut. Die Folgen des Klimawandels bedeuten damit das Ende Europas, wie wir es kennen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir lassen Menschen aus den unbewohnbar gewordenen Regionen hierher. Damit würde sich die demografische Zusammensetzung ändern, ich kann damit leben. Oder wir errichten ein Grenzregime, das die Werte, die wir angeblich haben, ad absurdum führt. Wir können die Sache drehen und wenden, wie wir wollen: Europa, wie wir es kannten, selbst wenn es nur ein Zerrbild war, ist tot.

*Interview: Katja Maurer*

# medico aktiv

## Gesundheitssolidarität

Die Kampagne Impfsoli setzt Zeichen für gerechte Versorgung

Die Infektionszahlen steigen wieder, die Impfquoten stagnieren. Und doch sind in Europa viele Einschränkungen aufgehoben und scheint das Ärgste überwunden. Davon können große Teile der Welt indes nur träumen. Vielerorts hält die Krise unvermindert an, sind die Menschen dem Virus so schutzlos ausgeliefert wie eh und je und verschärft die Pandemie prekäre Lebensverhältnisse weiter. Doch Gesundheit ist kein Privileg einiger, sondern ein Recht aller. Deshalb haben wir die Initiative eines Kölner Freundeskreises aufgegriffen und die Kampagne „Impfsoli“ gestartet. Die Idee: Den Schutz der Impfung können wir zwar nicht teilen. Aber mit den Spenden aus dem Impfsoli können wir die Corona-Projekte und die Arbeit unserer Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika noch besser unterstützen – im Kampf um Gesundheitsversorgung für alle und eine global gerechte Impfstoffverteilung.



[www.medico.de/impfsoli](http://www.medico.de/impfsoli)

## Öffentliches Nachdenken

medico in den Medien und auf  
Veranstaltungen

Der überstürzte Abzug westlicher Truppen aus Afghanistan, die erschütternden Bilder vom Kabuler Flughafen, das zweite Erdbeben in Haiti hat die Gesellschaften der privilegierten Länder einen Augenblick lang in das Auge des Orkans blicken lassen. Bei medico standen deshalb die Telefone und die digitalen Kanäle nicht still. Hunderte von E-Mails trafen bei uns ein, ob wir helfen könnten. Selten waren so viele Kolleginnen und Kollegen in den Medien als Gesprächspartner:innen oder als Autor:innen. Der Anlass ist schrecklich. Aber es gilt Lehren aus den Debakeln zu ziehen. Dazu kann medico aufgrund seiner Erfahrungen, die sich im ständigen Austausch mit unseren Partner:innen vor Ort vollziehen, einen Beitrag leisten. Es gilt all das, was sich in den Katastrophenregionen ereignet, die ohne unser Zutun nicht zu erklären sind, zu durchdenken. Jede Veranstaltung ist ein Versuch in diesem Sinne. Am 9. September diskutierten beispielsweise der Schriftsteller und Publizist Navid Kermani und Katja Maurer über die Bewertung von 20 Jahren „Krieg gegen den Terror“ in einer Debattenreihe, die medico gemeinsam mit der medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum organisiert hat. Und im Social Club von medico, der auf unserer Dachterrasse stattfand, diskutierten u.a. Stephan Lessenich, der Direktor des Instituts für Sozialforschung, Thomas Rudhof-Seibert und Anne Jung über die Lehren aus diesen 20 Jahren. Letzteres kann man nachsehen unter:

[www.medico.de/social-club](http://www.medico.de/social-club)

der  
Utopische  
Raum

es geht auch anders! – der utopische  
raum im globalen frankfurt  
inspiration für emanzipatorisches  
denken und handeln

## Wie künftig erinnern?

Die neue Staffel der Stiftungsreihe Der Utopische Raum läuft

„Kritik der kolonialen Denkungsart – auf dem Weg zu einem transkulturellen Bewusstsein“: Unter diesem Titel ist die Veranstaltungsreihe Der Utopische Raum in die dritte Runde gestartet. Den Auftakt machte Mitte September ein ganzes Wochenende, das der Frage, wie sich die Globalisierung auf das kulturelle Gedächtnis auswirkt, mit Vorträgen, Debatten und Lesungen nachging. In den nächsten Monaten wird die Reihe, die die medico-Stiftung zusammen mit dem Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau organisiert, auf Abendveranstaltungen verschiedenen Erinnerungskulturen Raum geben. So wird die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, die 2018 den vielbeachteten Bericht über die Restitution afrikanischer Kulturgüter für den französischen Staatspräsidenten mitverfasst hat, am 28. Oktober über eben diese Frage sprechen. Am 18. November folgt ein Vortrag der Direktorin des Linden-Museums in Stuttgart, Inés de Castro, über die Zukunft der Weltkulturen-Museen. Und am 16. Dezember geht es um die Ausstellung „Der NS und wir“ im Historischen Museum Frankfurt.

[www.stiftung-medico.de](http://www.stiftung-medico.de)



1  
**NEU:** Flyer und Plakat zur Kampagne #impfsoli



2  
**NEUAUFLAGE:** Broschüre Globale Gesundheit



3



4



5



6



7



8

# Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier: [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material)



**NEU: Flyer und Plakat zur Kampagne #impfsoli**

Informationen zur Spendenkampagne. Den Schutz der Impfung kannst du nicht teilen, Solidarität mit denen, die keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, geschweige denn zu Impfstoffen haben, schon. Flyer im Postkartenformat und DIN A2-Plakat.

**NEUAUFLAGE: Globale Gesundheit – 16-seitige**

Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor.

**3 Das Recht, nicht gehen zu müssen – (30 S.)**

Parallel zur gleichnamigen umfangreichen Studie, die bei der Arbeiterkammer Wien zu beziehen ist, gibt es diese, von medico mitherausgegebene Broschüre. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

**4 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft –**

(28 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

**5 medico-rundschreiben 02/21 – (60 S.)**

Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

**6 medico-Jahresbericht 2020 – (48 S.)**

Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

**7 Inseln der Vernunft schaffen –**

Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund:innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

**8 Europa ist Exportweltmeister– 12-seitige**

aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung, die die Verantwortung der EU für die Schaffung von Fluchtursachen ins Zentrum stellt. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

**Ich bestelle:**

- \_\_\_\_\_ Flyer #impfsoli  
 \_\_\_\_\_ DIN A2-Plakat #impfsoli  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: Das Recht, nicht gehen zu müssen  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: Globale Gesundheit  
 \_\_\_\_\_ Broschüre zu Testament und Erbschaft  
 \_\_\_\_\_ medico-rundschreiben 02/21  
 \_\_\_\_\_ medico-Jahresbericht 2020  
 \_\_\_\_\_ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen  
 \_\_\_\_\_ Broschüre Exportweltmeister

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen  
 dass eine Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ €  
 einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an:  
 medico international  
 Lindleystr. 15  
 D-60314 Frankfurt am Main  
 oder faxen an [069] 43 60 02

# Spenden & Stiften

**Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.**

**Spenden ohne Stichwort** sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

**Fördermitgliedschaft:** Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

**Spenden und Schenken:** Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

**Gemeinsame Spendenaktionen online starten:** [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. [www.medico.de/spendenaktion](http://www.medico.de/spendenaktion)

**Zustiftungen:** Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Online-Spenden:** Unter [medico.de/spenden](http://medico.de/spenden) können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

**Spendenkonto medico international**  
**BIC HELADEF1822**  
**IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00**



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen [DZI] bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

**Spendenquittungen:** medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

**Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden**  
Andrea Schuldt und Frank van Ooyen  
Tel.: (069) 944 38-0, E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)



**Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden**  
Gudrun Kortas  
Tel.: (069) 94438-28,  
E-Mail: [kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)



**Spendenaktionen und Kommunikation**  
Anita Starosta  
Tel.: (069) 94438-44,  
E-Mail: [starosta@medico.de](mailto:starosta@medico.de)

**Umzug oder Bankänderung?** Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

**Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!**

**medico online Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge.** Im **Blog** mischen sich medico-Kolleg:innen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. **Mit Beiträgen von Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Jule Manek, Katja Maurer, Riad Othman, Anita Starosta, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube, Telegram – **alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)**





## KONTEXT



Warum erfüllen Rückkehrprogramme ihren Zweck, obwohl sie nicht funktionieren? Welche Kritik und Forderungen formulieren Expert:innen?

## PORTRAITS

Geschichten von Menschen, die zurückgekehrt sind – „freiwillig“, aber ohne eine Wahl gehabt zu haben.



## LÄNDER

Berichte über acht Herkunft- und Rückkehrländer: Was die Förderprogramme leisten sollen und was sie anrichten.

